



**Demokratie**  
*stärken*

**Fortschritt**  
*erkämpfen*

**Vertrauen**  
*gewinnen*



**Antragsbuch - Teil 2**

zum ordentlichen SPD-Landesparteitag  
12.-13.01.2018 in Wernigerode

## Inhalt

### Antragsbereich E - Innen-, Außen- und Rechtspolitik

E1 Änderung des Wahlrechts.....	4
E2 Abschaffung des Eigenanteils der Kommunen beim Bundesprogramm „Demokratie Leben“	6
E3 Elternschaftserklärungen ermöglichen – Mehrelternschaft absichern.....	7
E4 Bekämpfung des wachsenden Fachkräftemangels in der Bundeswehr.....	9
E5 Supergrundrecht auf Freiheit endlich effektiv schützen!.....	10
E6 Einheitliche Aufwandsentschädigung für freiwillige Feuerwehren etablieren .....	11
E7 Opferrechte stärken - Staatlichen Schmerzensgeldvorschuss einführen.....	13
E8 TÜV-Pflicht für kommerzielle Spielplätze einführen.....	14
E9 Bundesrefinanzierung für Feuerwehrentechnik.....	15
E10 Kirchen in unserer Gesellschaft.....	16
E11 Aufnahme einer Antirassismus-Klausel in die Landesverfassung.....	17
E12 Kein besonderer Schutz für Staaten und Staatsorgane.....	19
E13 Reform des Mordparagraphen.....	20
E14 Massentötung von männlichen Küken beenden .....	21
E15 Tauben sind keine Schädlinge.....	23
E16 Tierschutz ist Erziehung zur Menschlichkeit.....	24
E17 Tierversuche beenden!.....	26
E18 Bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine .....	27
E19 Interkulturelle Öffnung des Bestattungswesens.....	28
E20 Gesetz zur Vorsorge gegen von Hunden ausgehende Gefahr novellieren – Rasselisten dabei abschaffen .....	29
LE21 andeswahlrecht für EU-Bürger*innen öffnen .....	30
E22 Für eine lebendige Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt – Gegen das Vergessen .....	32
E23 Reproduktionsförderung des Landes weiterentwickeln.....	34
E24 Das Grundrecht auf Familie ist nicht verhandelbar – Familiennachzug ermöglichen .....	36
E25 Geschlechtergerechtigkeit im Kulturbereich.....	38
E26 Populisten entgegentreten – Solidarität statt Hetze.....	39
E27 Diskriminierung aktiv bekämpfen: Unabhängiges Beschwerdemanagement gegen Diskriminierung einrichten.....	40
E28 Paritätisches Geschlechterverhältnis zum Erwerb von Kunstgegenständen und Kunstaufträgen in staatlichen Institutionen .....	42

### Antragsbereich F - Verkehrs- und Infrastrukturpolitik

F1 Sinnvolle Vergaberichtlinien im SPNV durch die NASA Sachsen-Anhalt.....	43
F2 Landesweit gültiges Ticket für den ÖPNV für Studierende und Auszubildende in Sachsen-Anhalt.....	45
F3 Luftsicherheit in staatliche Hände geben.....	46
F4 Aktionsprogramm für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland .....	48

## **Antragsbereich O - Organisationspolitik**

O1 Einführung von online-organisierten Themenforen .....	49
O2 Offenheit für Parteimitglieder auf lokaler Ebene .....	50
O3 Ideenmanagement – gemeinsam innovativ.....	51
O4 Wechsel des Landesverbands-Bankkontos .....	52
O5 Benennung einer/eines Mitgliederbeauftragten auf Landesebene .....	53
O6 Urwahl der/des Kanzlerkandidat*in .....	54
O7 Mandatsbegrenzung in Landtagen und dem Deutschen Bundestag.....	55
O8 Ein Viertel Frische für Erneuerung.....	56
O9 Mitgliederbefragung Landesvorsitzende/r.....	57
O10 Regionalprinzip auf Landeslisten .....	58
O11 Mitgliederentscheid Aufstellung Spitzenkandidat/in (MP-Kandidat/in).....	60
O12 Für eine Kultur der Gleichberechtigung in der SPD .....	61

1 Antrag: E1  
2  
3 Antragssteller: OV Wernigerode  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

### 9 **Änderung des Wahlrechts**

10  
11 Die Fraktionen der SPD im Landtag von Sachsen-Anhalt und im Bundestag werden  
12 aufgefordert, eine Gesetzesinitiative vorzulegen, aus der sich eine Änderung des Wahlrechts  
13 auf Landes- bzw. Bundesebene ergibt. Ziel ist es, künftig Stichwahlen bei der Erststimmenwahl  
14 in Land und Bund einzuführen.  
15

#### 16 **Änderung Landeswahlgesetz:**

17  
18 Zurzeit heißt es gemäß § 33:

- 19 (1) Gewählt ist im Wahlkreis, wer die meisten Erststimmen erhalten hat.  
20 (2) Bei Stimmgleichheit entscheidet das vom Kreiswahlleiter zu ziehende Los.  
21

22 Zu ändern ist § 33 wie folgt:

- 23 (1) Gewählt ist im Wahlkreis, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen  
24 Erststimmen erhalten hat.  
25 (2) Erfüllt kein Bewerber die Voraussetzung des Absatzes 1, so findet eine Stichwahl  
26 zwischen den beiden Bewerbern statt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen  
27 konnten. Bei Stimmgleichheit entscheidet das vom Wahlleiter zu ziehende Los, wer an der  
28 Stichwahl teilnimmt. Für die Stichwahl gelten die Grundsätze der ersten Wahl.  
29

#### 30 **Änderung Bundeswahlgesetz:**

31  
32 Zurzeit heißt es gemäß § 5:

33 In jedem Wahlkreis wird ein Abgeordneter gewählt. Gewählt ist der Bewerber, der die  
34 meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmgleichheit entscheidet das vom  
35 Kreiswahlleiter zu ziehende Los.  
36

37 Zu ändern ist § 5 wie folgt:

38 In jedem Wahlkreis wird ein Abgeordneter gewählt. Gewählt ist der Bewerber, der mehr als  
39 die Hälfte der abgegebenen gültigen Erststimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmgleichheit  
40 entscheidet das vom Kreiswahlleiter zu ziehende Los, wer an der Stichwahl teilnimmt. Für  
41 die Stichwahl gelten die Grundsätze der ersten Wahl.  
42

#### 43 **Begründung:**

44  
45 Bei der Erststimme gibt es seit Jahren eine strukturelle „Unwucht“ – auch bei uns im WK. Mit  
46 dem Verzicht auf eine Stichwahl sind Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt ein Freifahrtschein  
47 für CDU-Mitglieder in den Landtag. Dadurch, dass die einfache Mehrheit für den Sieg reicht,  
48 gelingt es der CDU immer und immer wieder, die antretenden SPD-, Linke- und Grüne-  
49 Kandidaten zu schlagen. Damit dürfte auch stets der politische Wille des Wählers verfälscht  
50 werden: Nur in den wenigsten Fällen wünscht sich ein Wähler der drei „linken“ Parteien, dass  
51 ein Bewerber der CDU den Wahlkreis direkt vertritt. Bei der letzten LTW wird der Wählerwille  
52 wohl komplett auf den Kopf gestellt, wenn AfD-Bewerber mit gut 26% künftig als gewählte  
53 Direktkandidaten ihren WK im Landtag repräsentieren. Damit wird im Übrigen die Zielrichtung  
54 unserer repräsentativen (!) Demokratie ad absurdum geführt, wenn Abgeordnete, die – im Fall  
55 der AfD bewusst (!) – von knapp 75% der Wählerschaft NICHT gewählt werden, diese aber  
56 repräsentieren.

1 Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, Parteitagsbeschlüsse zu initiieren, die die Mitglieder  
2 unserer Landtagsfraktion und der Bundestagsfraktion beauftragen, eine Änderung im  
3 Wahlgesetz herbeizuführen. Neben einer Gleichstellung mit den Wahlen zum Bürgermeister  
4 oder Landrat hätte das Verfahren, eine Stichwahl auch bei der Wahl zum MdL bzw. MdB zu  
5 ermöglichen, einen weiteren Vorteil: Die in die Stichwahl gekommenen Bewerber müssten sich  
6 um Unterstützung aus den Lagern der ausgeschiedenen Bewerber bemühen. Dies würde einen  
7 politischen Diskurs (im demokratischen Lager) verstärken.

8  
9

10

11

12

13

14 ***Empfehlung der Antragskommission:***

15 ***Ablehnung***

16

17

18 ***Abstimmung:***

1 Antrag: E2

2

3 Antragssteller: Jusos

4

5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

6

7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

8

9 **Abschaffung des Eigenanteils der Kommunen beim Bundesprogramm „Demokratie Leben“**

10

11 Das Land Sachsen-Anhalt stellt den Erhalt der lokalen „Partnerschaften für Demokratien“  
12 sicher, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben“ entstanden sind

13

14 Der Eigenanteil der Kommunen darf nicht länger eine Unsicherheit für diese Projekte  
15 darstellen, da die Demokratie-Bildung im Interesse des Landes ist.

16

17 **Begründung:**

18

19 Die Kommunen müssen bei den sogenannten lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ einen  
20 Eigenanteil erbringen. Dieser muss durch die Bereitstellung von Personal und Sachleistungen  
21 erfolgen. Um den Kommunen zu erleichtern an diesem Projekt teilzunehmen, soll das Land bei  
22 der Finanzierung der jeweiligen „Partnerschaften für Demokratie“ sich beteiligen, um damit  
23 sicherzustellen, dass die Projekte langfristig laufen und somit auch einen positiven Effekt  
24 erzielen können.

25

26

27

28

29

30

31 ***Empfehlung der Antragskommission:***

32 ***Annahme in geänderter Fassung***

33 ***Streiche auf Seite 6, Zeile 9-15 und ersetze durch***

34 ***„Bundesprogramm „Demokratie Leben“***

35

36 ***Die SPD begrüßt, dass das Land zur Umsetzung des Bundesprogramms „Demokratie Leben“***  
37 ***einen Teil der kommunalen Kofinanzierung übernimmt.“***

38

39

40 ***Abstimmung:***

1 Antrag: E3  
2  
3 Antragssteller: Jusos  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

### 9 **Elternschaftserklärungen ermöglichen – Mehrelternschaft absichern**

10 Die SPD wird aufgefordert, die tatsächliche Lebenssituation von Mehrelternfamilien rechtlich  
11 abzusichern und somit zu stärken. Sie erkennt dabei die Realität tatsächlich existierender  
12 Familienverhältnisse an und ermöglicht einvernehmliche Regelungen zu Elternschaft und  
13 Sorgeberechtigung von mehreren Elternteilen.  
14

15 Dabei sollen insbesondere folgende Punkte umgesetzt werden:  
16

17  
18 1. Die Formulierung einer rechtsverbindlichen Elternschaftserklärung kann jederzeit, auch  
19 bereits vor der Zeugung des Kindes, erfolgen und umfasst insbesondere Aussagen dazu, wie die  
20 Eltern das Verhältnis zu einander und zum Kind ausgestalten wollen.  
21

22 2. Über das Mittel der Elternschaftsvereinbarung können mehrere Personen Verantwortung für  
23 das betreffende Kind übernehmen, wobei eine Gleichrangigkeit möglich, aber nicht zwingend  
24 ist.  
25

26 3. Die leiblichen Eltern müssen im Rahmen der Elternschaftsvereinbarung nicht zwingend  
27 Eltern des Kindes bleiben, so lange in dieser Erklärung sichergestellt ist, dass das Kind über die  
28 Elternschaftsvereinbarung hinreichend abgesichert ist.  
29

30 4. Die Elternklärung ermöglicht eine Unterscheidung zwischen sorgerechtlichen und  
31 verwandtschaftlichen Regelungen.  
32

33 5. Die Elternvereinbarung hat rechtgestaltende Bedeutung, wird notariell beurkundet und ist  
34 hinsichtlich Verwandtschaftsbeziehungen nicht anfechtbar – weder durch die Elternteile, noch  
35 durch das Kind. In allen anderen Aspekten ist die Vereinbarung einvernehmlich abänderbar.  
36

37 6. Die in der Elternschaftsvereinbarung benannten Elternteile sollen in die Geburtsurkunde  
38 eingetragen werden.  
39

40 7. Die Auswirkungen auf das Familien-, Erb- und Sorgerecht sind nachzuvollziehen. Dabei ist zur  
41 Vermeidung einer Überforderung im Falle der Unterhaltspflicht durch das Kind gegenüber den  
42 Eltern eine Quotenregelung zu prüfen, die die gegenwärtige Belastung nicht übersteigt.  
43

#### 44 **Begründung:**

45 Die Familienmodelle, in denen Kinder aufwachsen sind bereits heute – trotz der rechtlichen  
46 Bevorzugung von scheinbar klassischen Vater-Mutter-Kind-Modellen – vielfältig und Realität  
47 vieler Menschen in Deutschland. Hierzu zählt auch, dass es nicht wenige Familien gibt, in  
48 denen mehr als zwei Eltern die Verantwortung für das behütete Aufwachsen von Kindern  
49 übernehmen. Beispiele hierfür finden sich nicht nur im Zusammenhang mit so genannten  
50 Regenbogenfamilien, sondern insbesondere auch im Zusammenhang mit Patchwork-  
51 Familienmodellen. Bisher ist es jedoch nicht möglich, dass die elterliche Verantwortung auch  
52 offiziell auf mehr als zwei Schultern aufgeteilt werden kann. Durch das Modell der  
53 Mehrelternschaft würde diese Möglichkeit eingeräumt, ohne dass der klassischen Zwei-  
54 Elternschaft Nachteile entstehen würden. Somit könnten auch neue Partner\*innen von Eltern,  
55 wenn dies gewünscht ist, eine offizielle Verantwortung übernehmen, ohne dass die bisherigen  
56

## Antragsbereich E – Innen-, Außen- und Rechtspolitik

1 Eltern diese abgegeben müssten. Zudem würde durch die Möglichkeit des Abschlusses einer  
2 solchen Erklärung Rechtssicherheit für alle geschaffen. Damit dies von Anfang an möglich ist,  
3 soll dies auch bereits vor der Zeugung möglich sein – sowie zu jedem späteren Zeitpunkt auch.

4

5

6

7

8

9

10 ***Empfehlung der Antragskommission:***

11 ***Überweisung an Landesfachausschuss Soziales, AsJ, AG SPDqueer, AsG, AsF***

12

13

14 ***Abstimmung:***



1 Antrag: E4

2

3 Antragssteller: Jusos

4

5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag und SPD-Bundestagsfraktion

6

7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

8

9 **Bekämpfung des wachsenden Fachkräftemangels in der Bundeswehr**

10

11 Der wachsende Fachkräftemangel in den Streitkräften muss zeitnah bekämpft werden. Dazu  
12 muss es ermöglicht werden, auch erfahrene Fachunteroffiziere in das Dienstverhältnis eines  
13 Berufssoldaten zu erheben.

14

15 Bisher ist dies erst ab dem Dienstgrad Feldwebel/Bootsmann möglich, obwohl es auch einen  
16 Mangel an Fachkräften in den darunter liegenden Dienstgraden gibt.

17 Um dem entgegen zu wirken ist eine Änderung des antiquierten § 39 Soldatengesetz (am 23.  
18 September 1955 in Kraft getreten) und des § 21 Soldatenlaufbahnverordnung notwendig.

19

20 **Begründung:**

21

22 - erfolgt mündlich -

23

24

25

26

27

28

29 ***Empfehlung der Antragskommission:***

30 ***Ablehnung***

31

32

33 ***Abstimmung:***

1 Antrag: E5  
2  
3 Antragssteller: Jusos  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion  
6

7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

9 **Supergrundrecht auf Freiheit endlich effektiv schützen!**  
10

11 Die SPD setzt sich in dieser großen Koalition mit großem Engagement dafür ein die Sicherheit  
12 und Freiheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu schützen. Unserer Meinung nach,  
13 gehen die getroffenen Maßnahmen aber nicht weit genug!

14 Daher fordern wir eine zeitnahe Umsetzung (im geübten parlamentarischen Eilverfahren zum  
15 Abbau von Grundrechten) folgender Maßnahmen:

- 16 • Verteilung von mit Mikrofonen ausgestatteten Halsbändern, zur Abhörung von  
17 nichtelektronischer verbaler Kommunikation, an alle Bürgerinnen und Bürger  
18 (sogenannte Staatswanze)
- 19 • Die Deutsche Post wird verpflichtet sämtliche Briefe (sogenannte nichtelektronische  
20 schriftliche Kommunikation) vor dem Versand zu öffnen und einzuscannen. Die Daten  
21 müssen mindestens sechs Monate lang gespeichert und den Sicherheitsbehörden zur  
22 Verfügung gestellt werden.
- 23 • Abschaffung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik
- 24 • Anbieter von Software müssen mögliche Sicherheitslücken dem Bundesinnenminister  
25 melden. Dieser entscheidet dann darüber, ob diese Lücken geschlossen oder von den  
26 Sicherheitslücken genutzt werden sollen.
- 27 • Verbot von Fernsehgeräten und Monitoren ohne direkten Zugang zum Internet

28  
29  
30 **Begründung:**  
31

32 Der fortwährende Krieg mit Ostasien und Ozeanien macht eine Verbesserung der  
33 Sicherheitslage unabdingbar.

34 Außerdem: Terror!  
35  
36  
37  
38  
39  
40

41 ***Empfehlung der Antragskommission:***  
42 ***Ablehnung***  
43

44  
45 ***Abstimmung:***

1 Antrag: E6  
2  
3 Antragssteller: Jusos  
4  
5 Weiterleitung an: SPD Landtagsfraktion  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

### 9 **Einheitliche Aufwandsentschädigung für freiwillige Feuerwehren etablieren**

10 Die SPD-Landtagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich für die Einführung einer landesweit  
11 einheitlichen Aufwandsentschädigung für die Angehörigen der freiwilligen Feuerwehren  
12 einzusetzen.  
13

14 Diese Entschädigung soll zu jeweils 50 Prozent durch das Land und die Kommune des  
15 Wehrsitzes finanziert werden. Die Entschädigung soll bei Einsätzen je angefangene Stunde und  
16 bei Lehrgängen je eben solchem erfolgen. Als Einsatzbeginn ist der Alarmierungszeitpunkt  
17 anzusehen.

18 Die Aufwandsentschädigung ist spätestens im nachfolgenden Quartal zu leisten.  
19

#### 20 **Begründung:**

21 Ehrenamtliche Feuerwehrangehörige leisten in unserer Gesellschaft einen wichtigen Beitrag  
22 zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit. Sie bilden zudem das Grundgerüst des Brand- und  
23 Katastrophenschutzes des Landes Sachsen-Anhalt. Hierbei gehen die Mitglieder der  
24 Freiwilligen Wehren, ebenso wie die Mitglieder der Berufsfeuerwehren, auch immer wieder  
25 Risiken für die eigene Gesundheit ein und stehen zudem unter hohem Druck und sehr großer  
26 Verantwortung. Diesem Einsatz sollte neben dem großen Respekt vor der Arbeit auch mit einer  
27 Aufwandsentschädigung gedankt werden. Dies ist zwar bereits in einigen Kommunen im Land  
28 der Fall, jedoch in sehr unterschiedlicher Ausgestaltung. Hierin besteht somit eine  
29 Ungerechtigkeit, die nicht fair begründbar erscheint. Die Entschädigung kann sich doch nicht  
30 daran orientieren, zu welcher Kommune eine Wehr gehört. Zur Unterstützung unserer  
31 Kamerad\*innen im aktiven und passiven Einsatzdienst gehört somit zukünftig eine einheitliche  
32 Aufwandsentschädigung, welche jedoch bisher nicht durch jede Kommune gezahlt wird. Aus  
33 diesen Gründen fordern wir eine landeseinheitliche Aufwandsentschädigung um jeder/m  
34 einzelnen Angehörigen einer freiwilligen Feuerwehr gleichermaßen gerecht zu werden.  
35

36 Um die Kommunen finanziell zu entlasten, soll die Finanzierung zu 50 Prozent durch das Land  
37 erfolgen.  
38

#### 39 ***Empfehlung der Antragskommission:***

#### 40 ***Annahme in geänderter Fassung***

41 ***Streiche auf Seite 11 Zeile 7-18 und ersetze durch:***

42 ***„Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:***

#### 43 ***Einsatzkräfte sowie Kinder- und Jugendfeuerwehrwarte der Freiwilligen Feuerwehren 44 angemessen entschädigen***

45 ***Die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren leisten einen wichtigen Dienst für die Sicherheit  
46 der Menschen in Sachsen-Anhalt. Sie erfüllen ehrenamtlich eine kommunale Pflichtaufgabe.  
47 Für diese sind sie angemessen zu entschädigen.***  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55

## Antragsbereich E – Innen-, Außen- und Rechtspolitik

1 *Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, darauf zu drängen, dass eine solche*  
2 *Entschädigung nicht an kommunalrechtlichen oder kommunalaufsichtlichen Hindernissen*  
3 *scheitert.*

4 *Die SPD-Kommunalpolitiker sind aufgefordert in den Kommunen auf eine angemessene*  
5 *Entschädigung zu drängen, die auch die Einsatzbelastung und die konkreten örtlichen*  
6 *Verhältnisse berücksichtigt.“*

7

8

9 **Abstimmung:**

1 Antrag: E7  
2  
3 Antragssteller: Jusos  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

9 **Opferrechte stärken - Staatlichen Schmerzensgeldvorschuss einführen**

10  
11 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Schaffung eines im Falle von  
12 Zahlungsunfähigkeit der tatverantwortlichen Person greifenden, staatlichen  
13 Schmerzensgeldvorschusses, analog zum Unterhaltsvorschuss, einzusetzen.  
14

15  
16 **Begründung:**

17  
18 Werden Täter\*innen zu Schmerzensgeld verurteilt und können dieses aufgrund einer  
19 Zahlungsunfähigkeit nicht leisten, gehen die Anspruchsberechtigten, also die Opfer der Taten,  
20 bisher trotz des gerichtlich abgesicherten Anspruches auf Schmerzensgeld leer aus. Dies ist  
21 insofern unfair, als dass es nicht in der Verantwortung der Opfer begründet ist, inwiefern  
22 der/die Täter\*innen zahlungsfähig sind und somit zu ungerechtfertigten und massiven  
23 Ungerechtigkeiten gegenüber von Personen kommt, die bereits die Folgen von Straftaten  
24 erleben müssen. Daher erscheint es in der Verantwortung des Staates zu liegen, hier einen  
25 Ausgleich und Abhilfe zu schaffen. Ein derartiges Modell wird zum Beispiel im Rahmen des  
26 Unterhaltsvorschusses praktiziert und kann unproblematisch übernommen werden.  
27

28  
29  
30  
31  
32

33 ***Empfehlung der Antragskommission:***  
34 ***Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion***

35  
36  
37

***Abstimmung:***

1 Antrag: E8  
2  
3 Antragssteller: Jusos  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

### 9 TÜV-Pflicht für kommerzielle Spielplätze einführen

10  
11 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die bisher nur für öffentliche Spielplätze  
12 geltende Prüfpflicht auf für kommerziell betriebene Spielplätze auszuweiten und somit auch  
13 eine jährliche Prüfpflicht für Hallen- und Indoor-Spielplätze einzuführen.  
14

#### 15 **Begründung:**

16  
17 Im Gegensatz zu öffentlichen Spielplätzen unterliegen privat betriebene Hallen- und Indoor-  
18 Spielplätze bisher in Deutschland keiner Prüfpflicht durch Sachverständige, wie z.B. den TÜV.  
19 Dies ist insofern riskant, als dass diese nicht nur ein gerne und häufig genutztes Ausflugsziel  
20 für Familien sind, sondern zudem auch, insbesondere vor dem Hintergrund der kommerziellen  
21 Konkurrenz, oft über sehr hohe oder spektakuläre Spielgeräte und Anlagen verfügen.  
22 Zwar gibt es einen Verband der Hallen- und Indoor-Spielplatzbetreiber\*innen, welcher seine  
23 Mitglieder zu einer Prüfung anhält. Diesem Verband gehören jedoch nur etwas über 100 der  
24 mehr als 300 Spielplatzbetreiber\*innen an, was eine nicht zu verachtende und nicht  
25 nachvollziehbare Gefahrenquelle für Kinder darstellt und zudem eine massive  
26 Ungleichbehandlung von privaten und öffentlichen Trägern von Spieleinrichtungen ausdrückt.  
27  
28  
29  
30  
31  
32

#### 33 ***Empfehlung der Antragskommission:***

34 ***Annahme***

35 ***Anmerkung: Weiterleitung an „SPD-Bundestagsfraktion“ geändert in „SPD-Bundesparteitag“***

36  
37

38 ***Abstimmung:***

1 Antrag: E9

2

3 Antragssteller: Jusos

4

5 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

6

7

### **Bundesrefinanzierung für Feuerwehrtechnik**

8

9 Der Bund soll zukünftig an der Ersatz- und Neubeschaffung für Feuerwehren, die hoheitlichen  
10 Aufgaben auf Bundesverkehrswegen erfüllen, beteiligt werden. Wir fordern deshalb eine  
11 Beteiligung von 25% für Kosten der Einsatztechnik auf Bundesautobahnen, Wasserstraßen und  
12 Schienenwegen.

13

#### **Begründung:**

14

15 Das immer höhere Verkehrsaufkommen auf Bundesverkehrswegen und dem damit  
16 einhergehenden Unfallrisiko und Unfallgeschehen zwingt unsere Kommunen immer weiter in  
17 Feuerwehrtechnik zu investieren, um das Einsatzgeschehen bewältigen zu können. Dabei  
18 geben einige Kommunen einen Jahresbetrag in Millionenhöhe aus. Gerade das Beschaffen von  
19 Rettungsgerät ist besonders teuer so kostet ein neues Rettungsgerät 35.000 € aufwärts.

20

21 Hinzu kommen Sonderbeschaffungen wie auf Wasser- und Schienenwegen, dabei fördert der  
22 Bund zurzeit nur eine einmalige Anschaffung nach Neubau von Bundesautobahnen und  
23 Schienenwegen. Für den Einsatz auf Wasserwegen gibt es nicht mal zurzeit eine  
24 Unterstützung. Daher gibt es einzelne Landesförderungen, jedoch sind diese sehr begrenzt.

25

26

27

28

29

#### ***Empfehlung der Antragskommission:***

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

#### ***Abstimmung:***

1 Antrag: E10  
2  
3 Antragssteller: Jusos  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD,  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

### 9 **Kirchen in unserer Gesellschaft**

10  
11 Um das Verhältnis von Staat und Religion entsprechend den heutigen gesellschaftlichen  
12 Verhältnissen anzupassen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- 13
- 14     ▪ Verweltlichung des Kirchlichen Arbeitsrechts
    - 15         • kirchliche Träger (z. B. von Kindertagesstätten, Krankenhäusern,  
16             etc.) bekommen nur noch dann staatliche Unterstützung, wenn  
17             sie das weltliche Arbeitsrecht anerkennen und anwenden
  - 18     ▪ Abschaffung der staatlich eingetriebenen Kirchensteuer
  - 19
  - 20     ▪ Abschaffung der sachgrundlosen staatlichen Leistungen an die Kirchen  
21         (Gehälter etc.)
  - 22
  - 23     ▪ Einstellen der Entschädigungszahlungen der Länder an die Kirchen
  - 24
  - 25     ▪ Der klassische evangelische oder katholische Religionsunterricht soll  
26         durch ein religionsübergreifendes Fach abgelöst werden, in dem die  
27         Weltreligionen den Lerngegenstand darstellen. Dieses neue Fach sollte  
28         als Wahlfach konzipiert werden. Dazu muss die Lehramtsausbildung  
29         entsprechend umgestaltet und angepasst werden.

### 30 31 **Begründung:**

32  
33 Die Bedeutung der Kirchen in unserer Gesellschaft nimmt immer weiter ab. Die Zahlen der  
34 Kirchenmitglieder sind im freien Fall. Auch in den traditionell mehrheitlich christlich geprägten  
35 verbrauchten Bundesländern der kommen immer mehr Menschen zu dem Schluss, dass eine  
36 über 2000 Jahre alte Hirtenmythologie keine Antworten auf die Probleme des 21. Jahrhunderts  
37 liefert.

38 Dementsprechend sollte auch das Verhältnis von Staat und Kirche hinterfragt und angepasst  
39 werden.  
40  
41  
42  
43  
44

### 45 46 ***Empfehlung der Antragskommission:***

47 ***Überweisung an AsJ, SPD-Landtagsfraktion, Landesfachausschuss Christen, AfA***  
48

### 49 50 ***Abstimmung:***



1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56

Antrag: E11  
Antragssteller: Jusos  
Weiterleitung: SPD-Landtagsfraktion  
Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

### **Aufnahme einer Antirassismus-Klausel in die Landesverfassung**

Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich für eine freiheitliche und pluralistische Demokratie und gegen rassistische und menschenfeindliche Einstellungs- und Handlungsformen ein.

Dafür soll der Kampf gegen rassistische und menschenverachtende Kräfte und der Schutz einer vielfältigen Gesellschaft verfassungsrechtlichen Rückhalt erfahren. Nach dem Vorbild des Landes Brandenburg sollen folgende Änderungen der Landesverfassung Sachsen-Anhalts erfolgen:

- Dem Artikel 2 Absatz 1 ist folgender Satz hinzuzufügen: „Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und menschenfeindlichen Gedankenguts entgegen.“
- Artikel 7 Absatz 3 ist wie folgt zu fassen: „Niemand darf wegen der Abstammung, Nationalität, Sprache, des Geschlechts, der sexuellen Identität, sozialen Herkunft oder Stellung, einer Behinderung, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder aus rassistischen Gründen bevorzugt oder benachteiligt werden.“

#### **Begründung:**

Das Land Sachsen-Anhalt steht in besonderer Verantwortung eine Wiederbelebung rassistischer und menschenverachtender Ideologien zu verhindern.

Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit sowie das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus unterstützen dabei gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Eingedenk der Anerkennung dieser Landesstrategien bedarf es einer Antirassismus-Klausel als ein klares symbolpolitisches aber auch verfassungsrechtliches Signal für die Verwaltungspraxis, Rechtsprechung und Bevölkerung, dass rassistisches und menschenfeindliches Gedankengut eine Gefahr für das demokratische Gemeinwesen darstellt.

Die Veränderung des Artikels 2 Absatz 1 reagiert u.a. auf die durch Brandanschläge und Übergriffe auf Minderheiten anwachsende Sichtbarkeit rassistischer und menschenfeindlicher Einstellungen. Die vorgeschlagene Antirassismus-Klausel nimmt Impulse der europäischen Rechtsprechung auf (z.B. aus dem Rahmenbeschluss 2008/913/JI des Rates vom 28.11.2008) und sichert für das Land Sachsen-Anhalt eine verfassungsrechtliche Legitimation für die Auseinandersetzung mit rassistischen und menschenfeindlichen Ideologiemomenten und Aktivitäten.

Die Änderung des Artikels 7 Absatz 3 zielt auf die Streichung der für sich rassistischen Konstruktion „Rasse“. Deren Nennung in der Rechtspraxis ist nach Empfehlung des Deutschen Instituts für Menschenrechte nicht mehr zeitgemäß, da rassistische Stereotypisierungen reproduziert werden. Es wird vorgeschlagen den Artikel dahingehend zu ändern, dass der Begriff „Rasse“ gestrichen wird und durch die Einfügung „oder aus rassistischen Gründen“ sinngerecht ersetzt wird.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21

**Empfehlung der Antragskommission:**

**Annahme in geänderter Fassung**

Streiche auf Seite 17 Zeile 8-26 und ersetze durch:

„Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

***Aufnahme einer Antirassismus-Klausel in die Landesverfassung***

*Die SPD Sachsen-Anhalt steht zu unserer freiheitlichen und pluralistischen Demokratie und setzt sich gegen rassistische und menschenfeindliche Einstellungs- und Handlungsformen ein. Dafür soll der Kampf gegen rassistische und menschenverachtende Kräfte und der Schutz einer vielfältigen Gesellschaft verfassungsrechtlichen Rückhalt erfahren. Dazu ist die Landesverfassung um den Schutz des friedlichen Zusammenlebens der Menschen, das Verbot der Verbreitung rassistischen und menschenfeindlichen Gedankenguts und das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität zu ergänzen.“*

**Abstimmung:**

1 Antrag: E12  
2  
3 Antragsteller: Jusos  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag und SPD-Bundestagsfraktion  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

9 **Kein besonderer Schutz für Staaten und Staatsorgane**

10  
11 Die Paragraphen 90 StGB und 90a StGB sowie 103 StGB und 104 StGB sollen ersatzlos  
12 gestrichen werden.

13 **Begründung:**

14  
15  
16 Der §90 StGB der die Verunglimpfung des Bundespräsidenten bestraft schützt nicht die Person  
17 sondern das Amt des/der Bundespräsident\*in das Amt selber nimmt jedoch durch  
18 Verunglimpfungen keinen Schaden und die Person des/der Bundespräsident\*in kann gegen die  
19 Verunglimpfung wenn sie die Voraussetzungen einer Beleidigung erfüllt immer noch  
20 strafrechtlich vorgehen.

21  
22 Der Schutz des Beleidigungsparagraphen muss hier ausreichen, da eine Verunglimpfung sich  
23 wohl zum größten teils auf das Amt in Verbindung mit der Person richtet und daher auch keine  
24 große Strafbarkeitslücke entsteht. Das Amt selbst ist nicht schutzwürdiger als jedes andere  
25 öffentliche Amt. Die Repräsentationsfunktion alleine kann keine besondere Schutzwürdigkeit  
26 hervorrufen, die über den Schutz der persönlichen Ehre welcher aus der Menschenwürde  
27 erwächst hinausgeht.

28  
29 Auch ausländische Würdenträger\*innen und Organe sind nicht über den durch den  
30 Beleidigungsparagraphen gewährten Schutz hinausgehend schutzwürdig.

31  
32 Der Staat selber kann sich ebenfalls nicht auf eine besondere Schutzwürdigkeit bei  
33 Verunglimpfungen, die unter der Schwelle der Verfassungsfeindlichkeit bleiben, berufen. Der  
34 Staat und der damit verbundene öffentliche Frieden sind durch die bloße Verunglimpfung  
35 nicht in ihrem Bestand gefährdet, weshalb die Strafbarkeit der Verunglimpfung nicht  
36 ersichtlich ist.

37  
38 Ähnlich verhält es sich beim Schutz von Flaggen und Hoheitszeichen ausländischer Staaten.  
39 Flaggen und Hoheitszeichen sind über andere Paragraphen (Diebstahl und Sachbeschädigung)  
40 bereits ausreichend geschützt sowie in besonderen Fällen auch über den  
41 Volksverhetzungsparagraphen, ein darüber hinausgehendes Schutzwürdigkeit ist auch hier  
42 nicht erkennbar.

43  
44  
45  
46  
47  
48  
49 ***Empfehlung der Antragskommission:***  
50 ***Ablehnung***

51  
52  
53 ***Abstimmung:***

1 Antrag: E13  
2  
3 Antragssteller: Jusos  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

### 9 **Reform des Mordparagrafen**

10  
11 Die Bundestagsfraktion soll sich für eine tatsächliche Reform des Mord-, sowie des  
12 Totschlagsparagrafen einsetzen.  
13

14 Hierbei sollen die bestehenden Mordmerkmale, insbesondere der niederen Beweggründe und  
15 der Heimtücke überarbeitet werden. Die erhöhte Strafwürdigkeit von bestimmten Motiven,  
16 kann über die Schaffung von Regelbeispielen und die damit einhergehende Strafzumessung  
17 gelöst werden.  
18

#### 19 **Begründung:**

20  
21 Die Reformbedürftigkeit des Mordparagrafen ist relativ unumstritten, die Frage wie ist  
22 jedoch höchststrittig. Die bisherige Rechtslage, die bei einem verwirklichten Mordmerkmal nur  
23 eine Strafe vorsieht und zwar eine lebenslange Freiheitsstrafe, ist durch die Rechtsprechung  
24 schon stark ausgehöhlt worden. Dies trifft vor allem auf das Merkmal der Heimtücke zu,  
25 welches in ständiger Rechtsprechung des BGH bereits stark eingeschränkt ist.  
26

27 Ein anderes Mordmerkmal welches immer wieder in der Diskussion steht, ist das der niederen  
28 Beweggründe, eingeführt von den Nazis um politisch Andersdenkende zu verfolgen, ist es zu  
29 unbestimmt. Im Grunde genommen ist es, mit leichten Einschränkungen, dem Richter  
30 überlassen was er, wie es in der Definition heißt, als auf sittlicher und moralisch tiefster Ebene  
31 stehend, empfindet. Die Notwendigkeit von Delikten die aus Hass begangen werden, wie  
32 Verbrechen aus Rassismus, Homophobie und anderen menschenfeindliche Einstellungen,  
33 scharf bestraft werden müssen, ist klar gegeben. Es muss jedoch gelingen bestimmter zu  
34 fassen wann die dafür nötigen Voraussetzungen erfüllt sein sollen, dies folgt auch schon aus  
35 dem Bestimmtheitsgrundsatz des Grundgesetzes.  
36

37 Durch die theoretisch einzige Möglichkeit, bei Verwirklichung einer der Merkmale, eine  
38 lebenslange Freiheitsstrafe zu verhängen, ist eine Tat und Schuld im individuellen Einzelfall  
39 angemessene Strafe nur schwer möglich. Durch die Zusammenführung der beiden  
40 Straftatbestände und die Regelung in welchen Fällen ein besonders schwerer Fall ( dies wäre  
41 dann Mord ) vorliegt, kann dieses Problem, unter Umgehung von rechtlich zum Teil  
42 schwierigen Konstruktionen des BGH, verhindert werden.  
43  
44  
45  
46  
47  
48

49 ***Empfehlung der Antragskommission:***  
50 ***Annahme***

51  
52  
53 ***Abstimmung:***

1 Antrag E14

2

3 Antragssteller: Jusos

4

5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

6

7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

8

9

### Massentötung von männlichen Küken beenden

10

11 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert:

12

- 13 • Der Stoßrichtung der Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zu folgen und  
14 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Tierschutzgesetzes sowie der  
15 Tierschutzschlachtverordnung vorzulegen, der klarstellt, dass das Töten männlicher  
16 Küken spezialisierter Legerassen aus wirtschaftlichen Erwägungen keinen vernünftigen  
17 Grund entsprechend des Tierschutzgesetzes darstellt und demnach untersagt wird  
18
- 19 • Die Entwicklung praxistauglicher Verfahren zur Geschlechtsbestimmung im Ei für eine  
20 flächendeckende Anwendung in Brütereien zu fördern und Förderprogramme  
21 aufzulegen, um kleinen und mittelständischen Brütereien die Investition in technische  
22 Anlagen zur Geschlechter-Früherkennung im Ei zu erleichtern  
23

23

#### Begründung:

24

25

26 In Deutschland werden in der Legehennenproduktion jedes Jahr rund 45 Millionen  
27 männliche Küken ohne Grund direkt nach dem Schlüpfen getötet. Als Nachkommen von auf  
28 Höchstleistungen gezüchteten Legehennen können die männlichen Eintagsküken naturgemäß  
29 nicht zur Eierproduktion verwendet werden und setzen als Masthähnchen zu wenig  
30 Fleischmasse an. Für die Hühnerindustrie sind sie daher nutzlos und werden kurz nach dem  
31 Schlüpfen in Schreddermaschinen getötet.

32

33 Die Tiere werden aus ökonomischen Gründen zur Vermeidung wirtschaftlicher Verluste  
34 getötet, weil sie im Vergleich zu Tieren aus Mastrassen eine längere Mastdauer, eine sehr  
35 geringe Mastleistung bei gleichzeitig höherem Futteraufwand und einen sehr geringen Anteil  
36 an Brustmuskelfleisch aufweisen. Diese jahrelang angewandte und behördlich bislang  
37 geduldete Tötungspraxis basiert auf einer Ausnahmeregelung und ist mit den Grundsätzen des  
38 Tierschutzgesetzes nicht vereinbar.

39

40 Als erstes Bundesland mit Grünem Landwirtschaftsminister hatte Nordrhein-Westfalen durch  
41 einen Erlass an die Veterinärbehörden die Debatte um eine Unterbindung des Kükentötens  
42 bereits im September 2013 ins Rollen gebracht. 2015 hat der Bundesrat mit großer Mehrheit  
43 einem Antrag aus Nordrhein-Westfalen zugestimmt, der das Töten von männlichen  
44 Eintagsküken schnell und gesetzlich verbindlich unterbinden soll.

45

46 Die Änderung verbietet das Töten von Tieren aus ökonomischen Gründen, ohne vernünftigen  
47 Grund.

48

49 Auch aus Niedersachsen kam, ebenfalls von einem Grünen Landwirtschaftsminister, der  
50 Vorstoß zur Unterbindung der Kükentötung.

51

52 Auf Bundesebene wird als Alternative zur Kükentötung derzeit die frühzeitige  
53 Geschlechtsbestimmung im befruchteten Hühnerei mittels Infrarot-Spektroskopie favorisierte.  
54 Diese ändert jedoch nichts am System, in dem die männlichen Küken als  
55 nicht lebenswerter Ausschuss angesehen und behandelt werden, kann jedoch eine humanere  
56 Übergangslösung sein.

54

55

56

Antragsbereich E – Innen-, Außen- und Rechtspolitik

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9

***Empfehlung der Antragskommission:***

***Annahme***

***Anmerkung: Weiterleitung an „SPD-Bundestagsfraktion“ gestrichen***

***Abstimmung:***

1 Antrag: E15  
2  
3 Antragssteller: Jusos  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

9 **Tauben sind keine Schädlinge**

10  
11 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine Streichung des §1 Absatz 1 Nr. 2 d der  
12 Verordnung über die Feststellung und Bekämpfung eines Befalls mit tierischen Schädlingen  
13 (Schädlingsbekämpfungsverordnung – SchädBekVO) einzusetzen.  
14

15 **Begründung:**

16  
17 Neben Mecklenburg-Vorpommern ist Sachsen-Anhalt das einzige Bundesland, welches  
18 weiterhin Tauben als Schädlinge definiert. So wird die Tötung und Bekämpfung von Tauben  
19 vereinfacht, jedoch nicht das Grundproblem behandelt.  
20

21 Schon 1989 erklärte der ehemalige Präsident des Bundesgesundheitsamtes Prof. Dr. Dieter  
22 Großklaus: „Eine gesundheitliche Gefährdung durch Tauben ist nicht größer als durch Zier- und  
23 Wildgeflügel, sowie durch Nutz- und Liebhabertiere“.

24  
25 Dies bestätigte 2001 das damalige Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und  
26 Veterinärwesen (seit 2002 Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung.)  
27

28  
29  
30  
31  
32

33 ***Empfehlung der Antragskommission:***

34 ***Annahme***

35  
36  
37

***Abstimmung:***

1 Antrag: E16

2

3 Antragssteller: Jusos

4

5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

6

7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

8

9

### **Tierschutz ist Erziehung zur Menschlichkeit**

10

11 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert:

12

13 1.) Tieren in der Landwirtschaft ein würdiges Dasein zu ermöglichen :

14

15 • Regelungen zu schaffen, die die landwirtschaftlichen Produktionsweisen an die  
16 Bedürfnisse der Tiere anpassen – statt umgekehrt.

17 • Das Enthornen von Rindern, das Abkneifen der Ringelschwänze bei Schweinen und das  
18 Kupieren von Schnäbeln bei Geflügel verbieten.

19 • Die Tiere müssen in den Ställen genug Platz, Auslauf und Beschäftigung haben.

20 • Die personelle Ausstattung der Veterinärämter und der Gewerbeaufsicht muss  
21 verbessert werden.

22

23 2.) Haltung von Heimtieren und Situation der Tierheime verbessern

24

25 • Konsequentes Vorgehen gegen den illegalen Welpenhandel, dies kann durch eine  
26 Anpassung der Tierseuchenbestimmung und per bundesweiter Rechtsverordnung mit  
27 Vorschriften zur Kennzeichnung und Registrierung von Haustieren erfolgen.

28 • Um die unkontrollierte, unerwünschte Fortpflanzung von freilaufenden Katzen  
29 einzudämmen, muss im Tierschutzgesetz eine bundesweite, flächendeckende Regelung  
30 zur Kastration getroffen werden.

31 • Schaffung eines Hilfsfonds für Tierheime und Gnadenhöfe, um die öffentlichen  
32 Aufgaben der Länder und Kommunen weiterhin wahrnehmen zu können.

33

34 3.) Haltung von Wildtieren verbessern

35

36 • Die Tierhaltung im Zirkus ist zu verbessern. Zirkusunternehmen sollen nur noch die  
37 Tiere halten dürfen, die dort art- und bedürfnisangemessen ernährt, gepflegt und  
38 verhaltensgerecht untergebracht werden können. Diese müssen per Positivliste  
39 benannt werden. Wildtiere haben im Zirkus nichts zu suchen.

40 • Die Haltung von Delfinen in Deutschland sowie deren Einfuhr muss untersagt werden.

41 • Umsetzung eines neuen Säugetiergutachtens, sowie dessen Wirksamkeit regelmäßig  
42 prüfen und rechtsverbindliche Regelungen zur artgerechten Haltung von Tieren in Zoos  
43 zu erlassen.

44 • Die Erlaubnisanforderung für Tierbörsen muss verschärft werden und der Import von  
45 exotischen Tieren und Wildfängen muss verboten werden.

46 • Pelzfarmen in Deutschland verbieten und für ausländische Produkte muss eine  
47 einfache Kennzeichnung eingeführt werden, woran ein\*e Konsument\*in sofort erkennt,  
48 ob es sich um Fell und was für Fell es sich handelt.

49

50 4.) Verbraucherschutz und Tierschutz endlich ernst nehmen:

51

52 • Eine verlässliche und transparente Tierhaltungskennzeichnung für alle Lebensmittel  
53 und eine Herkunftskennzeichnung für Fleisch muss eingeführt werden, damit die  
54 Konsumenten auf einen Blick erkennen können, wie die Tiere gehalten wurden.

55 • Import-Verbot von Produkten der Nachkommen geklonter Tiere



- 1 • Verbrauchertäuschende Werbung und Produktaufmachungen, die Auslauf und  
2 tiergerechte Haltung vorgaukeln sind zu verbieten.
- 3 • Die unterschiedliche Besteuerung von Kuhmilch und pflanzlicher Milchdrinks (wie Soja-  
4 , Reis- oder Haferdrinks) ist aufzuheben, so dass pflanzliche Milch nicht länger höher  
5 besteuert wird.
- 6 • Brandzeichen bei Pferden, den sogenannten Schenkelbrand sind zu untersagen. Es gibt  
7 keinen vernünftigen Grund, Pferden Verbrennungen dritten Grades zuzuführen, zumal  
8 es zuverlässigere Kennzeichnungsmethoden gibt, die gesetzlich vorgeschrieben sind.  
9

10 **Begründung:**

11  
12 Tiere empfinden Schmerzen, Leid und Angst. Der Schutz der Tiere ist seit 2002 als Staatsziel im  
13 Grundgesetz verankert. Daraus erwächst für die Bundesregierung die Pflicht, Tiere um ihrer  
14 selbst willen und aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitlebewesen zu  
15 schützen.

16 Doch geändert hat sich in der Praxis seither wenig. Die Regelungen im Tierschutzgesetz  
17 stammen zum Großteil aus der Zeit, bevor Tierschutz zum Verfassungsziel erhoben wurde.

18 Im Dezember 2012 hat die schwarz-gelbe Koalition eine Novelle des Tierschutzgesetzes  
19 vorgenommen. Sie hätte damit viele Missstände beenden können und müssen.

20 Stattdessen hat sie die Probleme entweder ignoriert oder bestehende Regelungen verwässert.

21 Die Zeit des Wegduckens ist vorbei. Es bedarf mehr als nur wohlklingender Worte, um das  
22 Leben der in Deutschland gehaltenen Tiere tiergerecht und ethisch vertretbar zu gestalten.

23 Statt wolkiger Worte muss die Bundesregierung durch Taten zeigen, dass sie sich ihrer  
24 grundgesetzlich festgelegten Verantwortung bewusst ist, Tiere vor Leid zu bewahren.  
25  
26  
27  
28  
29  
30

31 ***Empfehlung der Antragskommission:***

32 ***Annahme***

33  
34 ***Abstimmung:***  
35

1 Antrag: E17  
2  
3 Antragssteller: Jusos  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, S&D Fraktion  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

8  
9 **Tierversuche beenden!**

10  
11 Die SPD-Bundestagsfraktion und die S&D Fraktion im Europäischen Parlament werden  
12 aufgefordert jegliche Tierversuche abzuschaffen und sich für Alternativen einzusetzen.

13  
14 **Begründung:**

15  
16 In rund 20 deutschen und europäischen Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien sind nach wie  
17 vor Tierversuche vorgesehen, z.B.: Arzneimittelgesetz, Chemikaliengesetz, Futtermittelgesetz,  
18 Gentechnikgesetz, Infektionsschutzgesetz, Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz,  
19 Pflanzenschutzgesetz und Tierseuchengesetz. Tiere sind nicht dazu da, dass wir an ihnen  
20 experimentieren. Genau wie wir empfinden sie Schmerzen und Angst. Genau wie wir  
21 verspüren sie ein übermächtiges Bedürfnis nach Freiheit, den Instinkt ihr Leben und das ihrer  
22 Nachkommen zu schützen, nicht in einem kleinen Käfig in einem Versuchslabor eingeschlossen  
23 zu sein.

24  
25 Alle 3 Sekunden stirbt in einem europäischen Versuchslabor ein Tier. In legalen  
26 wissenschaftlichen Experimenten werden Tiere vergiftet, Futter-, Wasser- oder Schlafentzug  
27 ausgesetzt, ihre Haut und Augen werden verätzt, sie werden massivem psychischen Stress  
28 ausgesetzt, absichtlich mit Krankheiten infiziert, ihr Gehirn wird beschädigt, sie werden  
29 gelähmt, operativ verstümmelt, bestrahlt, verbrannt, vergast, zwangsgefüttert, bekommen  
30 Stromschläge und werden getötet. All dies passiert Millionen von Tieren jährlich.

31  
32 Tierversuche sind grausam und wissenschaftlich ungenau. Sie verschwenden immense  
33 Summen öffentlicher Gelder, verzögern medizinischen Fortschritt und behindern unser  
34 Verständnis von menschlichen Krankheiten. So wurde z.B. die Erforschung von Krankheiten wie  
35 Polio, Herzinfarkt und Diabetes massiv dadurch verzögert und beeinträchtigt, dass wir diese  
36 Krankheiten zunächst an anderen Spezies als dem Menschen studiert haben.

37  
38 Unzählige Studien haben gezeigt, dass Tierversuche nicht in der Lage sind, menschliche  
39 Reaktionen auf Krankheiten oder Medikamente präzise vorauszusagen, manchmal versagen sie  
40 sogar zu über 25%, es könnte also durchaus sicherer sein, eine Münze zu werfen!  
41 92% aller neuen Medikamente fallen in klinischen Versuchen durch, nachdem sie im  
42 Tierversuch bestanden haben. Das ist ein ernster Weckruf: wir müssen uns weiterentwickeln  
43 anstatt weiterhin blind Leuten zu vertrauen, die ganz eigene Interessen daran haben,  
44 Tierversuche weiterhin durchzuführen.

45  
46 Es ist an der Zeit, den Sprung zu humanen, effizienten und modernen tierversuchsfreien  
47 Testmethoden zu vollziehen. Damit können wir wirklich relevante und zuverlässige Ergebnisse  
48 erzielen, ohne weiterhin furchtbares Leid zu verursachen.

49  
50 ***Empfehlung der Antragskommission:***

51 ***Annahme in geänderter Fassung***

52 ***Anmerkung: Weiterleitung an „SPD-Bundestagsfraktion“ gestrichen***

53 ***Streiche auf Seite 26 Zeile 12 und ersetze durch:***

54 ***„Tierversuche auf das Mindestmaß zu beschränken und sich für Alternativen einzusetzen.“***

55  
56 ***Abstimmung:***

1 Antrags: E18  
2  
3 Antragssteller: Jusos  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

### 9 **Bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine**

10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für ein bundesweites Verbandsklagerecht  
11 einzusetzen.  
12

#### 13 **Begründung:**

14 Die Verbandsklage ist eine Form der Popularklage, bei der Vereine oder Verbände die  
15 Klagebefugnis zugesprochen erhalten, nicht die Verletzung eigener Rechte geltend zu machen,  
16 sondern solcher der Allgemeinheit.  
17

18 Tiere sind laut Grundgesetz besonders zu schützen. Politiker\*innen und Behörden sollen diesen  
19 Schutz in der Praxis durchsetzen. Doch die Realität spricht eine andere Sprache: Noch immer  
20 müssen die Tiere in der Forschung, Agrarindustrie, in Zirkussen und sogar in der Heimtierzucht  
21 leiden.  
22

23 Wo Politiker\*innen und Behörden nicht willens oder in der Lage sind, dagegen vorzugehen,  
24 müssen seriöse Tierschutzverbände das Recht haben, den Schutz, der den Tieren zusteht, direkt  
25 vor Gericht einzuklagen. Wir brauchen die Verbandsklage für seriöse Tierschutzvereine.  
26

27 Im Umweltschutz dürfen autorisierte Verbände längst zugunsten der Naturerhaltung klagen.  
28 Den Tieren, unseren Mitgeschöpfen, die Schmerzen und Leiden ähnlich empfinden wie wir  
29 selbst, darf der vergleichbare Schutz nicht länger vorenthalten werden!  
30

31 Mit großer Mehrheit haben Bundestag und Bundesrat 2002 für das Staatsziel Tierschutz im  
32 Grundgesetz gestimmt. Politiker\*innen, die es mit dem Tierschutz ernst meinen, müssen jetzt  
33 auch die Tierschutz-Klage unterstützen.  
34

35 Seither wird in zahlreichen Landtagen darüber beraten, die Verbandsklage auf Landesebene  
36 einzuführen. 2007 hat sich Bremen als erstes Bundesland dafür entschieden. Vorausgegangen  
37 war unter anderem ein vom Bremer Tierschutzverein initiiertes Bürgerantrag, der in der  
38 Bevölkerung eine überwältigende Zustimmung fand. 2013 folgten Hamburg, Nordrhein-  
39 Westfalen und das Saarland, 2014 haben Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein die  
40 Einführung des Verbandsklagerechts beschlossen. Im Mai 2015 führt nun auch Baden-  
41 Württemberg die Verbandsklage ein. Leider haben sich die Koalitionspartner in Sachsen-Anhalt  
42 gegen ein Verbandsklagerecht entschieden.  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50

51 ***Empfehlung der Antragskommission:***  
52 ***Annahme***

53  
54  
55 ***Abstimmung:***

1 Antrag: E19

2

3 Antragssteller: Jusos

4

5 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

6

7

### 8 **Interkulturelle Öffnung des Bestattungswesens**

9

10 Die SPD setzt sich dafür ein, dass das Bestattungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt  
11 dahingehend geändert wird, sodass zukünftig Bestattungen unter Berücksichtigung des  
12 Empfindens der Bevölkerung und der Glaubensgemeinschaft, der die zu Bestattenden  
13 angehören, vorgenommen werden können.

14

#### 15 **Begründung:**

16

17 Gemäß islamischer und jüdischer Tradition kommt für der/die Verstorben\*e nur eine sarglose  
18 Erdbestattung in Frage, d.h. der/die Verstorben\*e wird in Tücher gehüllt der Erde übergeben.  
19 Eine Änderung des Bestattungsgesetzes wird den berechtigten Interessen eines nicht  
20 unerheblichen Teils der Bevölkerung gerecht.

21

22 Die bisherige Lösung, dass Angehörige ihre Verstorbenen im Hinblick auf die bestehende  
23 Sargpflicht nicht auf dem Friedhof ihres Wohnorts bestatten, sondern in anderen  
24 Bundesländern bestatten, die nicht auf die Sargpflicht bestehen, ist nicht hinnehmbar.

25

26 Zahlreiche Bundesländer haben sich bereits für die Traditionen anderer Kulturen geöffnet. So  
27 heißt es in Nordrhein-Westfalen:

28

29 „Nach § 7 Abs. 2 BestG NRW sind, soweit möglich, Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass  
30 Bestattungen unter Berücksichtigung des Empfindens der Bevölkerung und der  
31 Glaubensgemeinschaft, der die zu Bestattenden angehören, vorgenommen werden können.“

32

33 Eine ähnliche Anpassung des sachsen-anhaltischen Bestattungsgesetzes ist überfällig und  
34 sorgt dafür, dass unser Bundesland mehr Weltoffenheit lebt!

35

36

37

38

39

40 ***Empfehlung der Antragskommission:***

41

42 ***Annahme***

43

***Abstimmung:***

1 Antrag: E20  
2  
3 Antragssteller: Jusos  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

9 **Gesetz zur Vorsorge gegen von Hunden ausgehende Gefahr novellieren – Rasselisten dabei**  
10 **abschaffen**

11  
12 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, das in Sachsen-Anhalt existierende seit 2009  
13 gültige Gesetz zur Vorsorge gegen von Hunden ausgehende Gefahren (HundeG LSA), dessen  
14 letzte Verschärfung, das Zuchtverbot für einige Rassen, erst am 01.März des Jahres 2016 in Kraft  
15 getreten ist, zu novellieren und dabei insbesondere nachfolgende Punkte umzusetzen:  
16

17 Das faktische Zucht- und Handelsverbot für einzelne Tierrassen (Staffordshire Bullterrier,  
18 American Staffordshire Terrier, American Pitbull Terrier und Bullterrier) ist vollständig  
19 abzuschaffen. Diese Regelung ist auch nicht durch eine ebenfalls rassengebundene  
20 Gesetzgebung zu ersetzen, sondern vollends abzuschaffen.  
21

22 Gefährlichkeitsprüfungen sollen künftig ohne Ansehen der Rasse erfolgen und alleinig auf dem  
23 individuellen (Beiß-)Verhalten der Hunde beruhen. Vorbild für eine solche Regelung könnte  
24 zum Beispiel das am dem 01. Januar 2016 in Schleswig-Holstein gültige Gesetz sein.  
25

26 Regelungen zur Etablierung von Nachweisen für Haltungskompetenz und Resozialisierung von  
27 Hunden sind im Rahmen der Gesetzesnovelle bei vormals gefährlichen Hunden ebenso zu  
28 prüfen. Auch hier können die Regelungen aus Schleswig Holstein, die u.a. eine gestaffelte  
29 Hundesteuer und teils verpflichtende Kompetenznachweise für Halter\*innen beinhalten,  
30 Vorbild sein.  
31

32 Die in Paragraph 2 der aktuellen Gesetzesvariante geregelten Pflichten zur  
33 Hundehalterhaftpflicht und der Kennzeichnung mit einem Transponder sollen auch in der  
34 Novelle einen entsprechenden Platz finden und explizit beibehalten werden.  
35

36 **Begründung:**

37  
38 Das HundeG LSA geht in seiner aktuellen Fassung an Empfehlungen von Expert\*innen vorbei  
39 und umfasst unter anderem Rasselisten, die Hunde konträr zur Beißstatistik als gefährlich  
40 ausweisen, andere aber vollends unberücksichtigt lassen. Resultierend hieraus gelten in  
41 Sachsen-Anhalt für vier Hunderassen, die in dieser Statistik jedoch nur hintere Plätze belegen,  
42 Zuchtverbote sowie spürbare Handlungsbeschränkungen. Dem entgegen steht jedoch, dass die  
43 Einfuhr dieser vier Hunderassen (Staffordshire Bullterrier, American Staffordshire Terrier,  
44 American Pitbull Terrier und Bullterrier) weiterhin legal möglich ist, was die Regelung, die eh  
45 schon zweifelhaft erscheint, ad absurdum führt.  
46

47 Die aktuelle Gesetzgebung ist daher zu novellieren. Vorbild hierbei kann unter anderem die  
48 Regelung in Schleswig-Holstein sein, die sowohl von wissenschaftlichen Expert\*innen als auch  
49 von Interessenvertretungen der Hundehaltenden als sinnvoll angesehen wird. Dies ginge auch  
50 mit dem letzten Abschnitt der Forderungen konform, der besonders wichtige und gute  
51 Abschnitte des aktuellen Gesetzes für erhaltenswert befindet.  
52

53 ***Empfehlung der Antragskommission:***

54 ***Ablehnung***

55  
56 ***Abstimmung:***

1 Antrag: E21  
2  
3 Antragssteller: Jusos  
4  
5 Weiterleitung an: S&D Fraktion, Ausschuss der Regionen  
6

7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

### 9 Landeswahlrecht für EU-Bürger\*innen öffnen

10  
11 Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union soll der § 22 Absatz (1) AEUV so  
12 angepasst werden, dass für EU-Bürger\*innen, die ihren Wohnsitz in einem Mitgliedstaat,  
13 dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, ebenfalls an Landtagswahlen / Regionalwahlen  
14 teilnehmen können.

15 Darüber hinaus wird die Landtagsfraktion aufgefordert im Landtag von Sachsen-Anhalt eine  
16 Initiative anzustoßen, welche das Landeswahlrecht für EU-Bürger\*innen öffnet  
17

18 Darüber hinaus soll selbiger Paragraph so angepasst werden, dass Drittstaatenangehörige, die  
19 min. seit 5 Jahren in einem EU-Land wohnen, mit einem aktiven Wahlrecht auf kommunaler  
20 Ebene ebenfalls politische Teilhabe erfahren.

21  
22 Hierfür soll sich über den Bundesparteitag der SPD sowie die SPE eine entsprechende  
23 europäische Initiative gründen, welche sich für diese Änderungen einsetzt.  
24

#### 25 **Begründung:**

26  
27 Insbesondere im Zuge der Auswirkungen der Finanzkrise und den damit verbundenen  
28 Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation in vielen europäischen Staaten sind viele gut  
29 ausgebildete Menschen in andere Länder der EU gezogen, da sie dort Arbeit fanden. Dies gilt  
30 auch für Deutschland. Da nicht nur auf kommunaler Ebene wesentliche politische  
31 Entscheidungen getroffen werden, die die bei uns lebenden EU-Bürger\*innen betreffen, sie  
32 jedoch an keinerlei Wahlentscheidungen teilhaben können, stellt sich die Frage, in wie fern  
33 dies noch zeitgemäß ist. Derzeit ist ein aktives und passives Wahlrecht für EU-Bürger\*innen  
34 lediglich für die Ebene der Kommunalwahlen möglich. Nach Abschluss des Vertrags von  
35 Maastricht fand hierzu eine Änderung des Grundgesetzes in Artikel 28 Absatz 1 Satz 3 statt  
36 („...Bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden sind auch Personen, die die Staatsangehörigkeit  
37 eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen, nach Maßgabe von Recht der  
38 Europäischen Gemeinschaft wahlberechtigt und wählbar. In Gemeinden kann an die Stelle  
39 einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten.“)  
40

41 Eine neuerliche Änderung des Art. 28 GG ist auf Bundesebene nicht so ohne weiteres möglich,  
42 da dies den Art. 20 tangiert und die ersten 20 Artikel eigentlich nicht geändert werden dürfen  
43 entsprechend dem Ewigkeitsprinzip des Art. 79.  
44

45 Ein Wahlrecht von Drittstaatenangehörigen auf kommunaler Ebene ist derzeit lediglich in 15  
46 EU-Staaten erlaubt. Es ist ebenfalls unterschiedlich geregelt nach einem der folgenden  
47 Prinzipien: 1) Aufenthaltsdauer, 2) Registrierung im Wählerverzeichnis, 3) spezieller  
48 Aufenthaltsstatus oder 4) Gegenseitigkeit.  
49

50 Zu den Pros- und Cons gibt es eine ausführliche Abhandlung über folgenden Link:  
51 [http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/184440/wahlrecht-fuer-](http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/184440/wahlrecht-fuer-drittstaatsangehoerige)  
52 [drittstaatsangehoerige](http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/184440/wahlrecht-fuer-drittstaatsangehoerige)  
53  
54  
55  
56

- 1 **Empfehlung der Antragskommission:**
- 2 **Annahme in geänderter Fassung**
- 3 Anmerkung: Weiterleitung an „Ausschuss der Regionen“ ergänzt
- 4 Streiche auf Seite 30 Zeile 11-14 und ersetze durch:
- 5 „Die S&D Fraktion wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass im Vertrag über die Arbeitsweise
- 6 der Europäischen Union der § 22 Absatz (1) AEUV so angepasst wird, dass EU-Bürger\*innen, die
- 7 ihren Wohnsitz in einem Mitgliedsstaat haben, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen,
- 8 ebenfalls an Landtagswahlen / Regionalwahlen teilnehmen können.“
- 9 Streiche auf Seite 30 Zeile 15-23
- 10
- 11
- 12 **Abstimmung:**

1 Antrag: E22

2

3 Antragssteller: Jusos

4

5 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

6

7 **Für eine lebendige Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt – Gegen das Vergessen**

8

9 Die SPD setzt sich für eine lebendige Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt ein.

10

11 Dazu wird die Aufarbeitung der Tatorte des Nationalsozialismus, der stalinistischen  
12 Gewaltherrschaft und anderer menschenrechtlicher Verbrechen gezielt gefördert

13

14 • Lückenlos sollen alle Orte der Verbrechen erfasst, nach einem ausgearbeiteten  
15 Leitfaden eingeordnet und gefördert werden und bei Eignung als Bildungsort  
16 ausgebaut werden.

17 • Bestehende landeseigene Strukturen, wie die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt,  
18 die Landeszentrale für politische Bildung und weitere Einrichtungen werden auf diese  
19 neue Zielsetzung ausgerichtet.

20 • Das Land Sachsen-Anhalt setzt sich zudem dafür ein, dass Gedenkstätten  
21 infrastrukturell angebunden sind, damit die Auseinandersetzung mit der Geschichte für  
22 möglichst viele Menschen zugänglich ist.

23 • In den Lehrplänen soll die Auseinandersetzung mit den Tatorten verankert werden.

24 • Organisationen der Geschädigten sollen in den Aufarbeitungsprozess einbezogen  
25 werden.

26 • An geeigneten Plätzen soll auch an Verbrechen erinnert werden, die außerhalb der  
27 genannten Zeitspanne liegen.

28

29 **Begründung:**

30

31 Sachsen-Anhalt wird in die Geschichte eingehen, als Land in dem eine rechtspopulistische  
32 Partei aus dem Stand auf dem Niveau einer Volkspartei in den Landtag eingezogen ist. Daher  
33 ist es umso wichtiger, dass dem Aufkommen nationalistischer Kräfte eine gelebte  
34 Erinnerungskultur entgegengesetzt wird.

35

36 Zahlreiche Orte des Verbrechens warten auf eine angemessene Aufarbeitung. So spielt das KZ-  
37 Außenlager Birkhahn in Halle keinerlei Rolle. Dabei wäre eine Gedenkstätte in unmittelbarer  
38 Nähe für die politische Bildung von herausragender Bedeutung. Der große Aufwand nach  
39 Buchenwald zu fahren wäre verschwunden und so könnten Schüler\*innen innerhalb einiger  
40 Stunden eine Gedenkstätte besuchen und mit dem „trockenen Lehrstoff“ eine persönliche  
41 Erfahrung verbinden.

42

43 Auch bestehende Gedenkstätten müssen stärker in den Fokus der Landespolitik rücken. So ist  
44 die KZ-Gedenkstätte Lichtenburg nur für Autofahrer\*innen und Busse erreichbar. Das Land  
45 könnte eine Buslinie zur Gedenkstätte fördern, so dass eine ÖPNV-Anbindung gegeben ist.

46

47 In die Aufarbeitung sollten Organisationen der Geschädigten, wie jüdische Gemeinden und  
48 Opfer-Verbände eingebunden werden.

49

50 Die bestehende „Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt“ sieht die Betreuung der wenigen  
51 Gedenkstätten als einzige Aufgabe. Das muss sich ändern, beziehungsweise sollte in  
52 Zusammenarbeit mit Organisationen der politischen Bildung evaluiert werden um eine  
53 lebendige Erinnerungskultur zu gewährleisten und so den Rückfall in nationalistische Zeiten  
54 verhindern!

55

56



1 **Empfehlung der Antragskommission:**  
2 **Annahme in geänderter Fassung**  
3 Streiche auf Seite 32 Zeile 5-27 und ersetze durch:  
4 „Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

5  
6 ***Für eine lebendige Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt – Gegen das Vergessen***  
7

8 *Die SPD Sachsen-Anhalt fordert Landtag und Landesregierung auf, die Aufklärungsarbeit der*  
9 *Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und der Landeszentrale für politische Bildung über die*  
10 *einzigartigen Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur und über die schweren*  
11 *Menschenrechtsverletzungen während der Zeiten der sowjetischen Besatzung und der SED-*  
12 *Diktatur nachhaltig zu unterstützen und zu stärken.*

13  
14 *Dabei spielen die bestehenden und künftigen Gedenkstätten als Orte des Gedenkens, der*  
15 *Erinnerung, des Lernens und der Mahnung eine Schlüsselrolle.*  
16

- 17 • *Wir begrüßen die Aufnahme der KZ-Gedenkstätte Lichtenburg und der Gedenkstätte*  
18 *Feldscheune Isenschubbe in die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. Beide stehen für*  
19 *historisch besonders bedeutsame Aspekte der NS-Gewaltherrschaft*  
20 *und -Vernichtungspolitik. Mit der Entscheidung für die Errichtung neuer*  
21 *Dokumentationszentren und der Einstellung zusätzlichen wissenschaftlichen und*  
22 *pädagogischen Personals hat das Land sowohl die wissenschaftliche Erforschung der NS-*  
23 *Verbrechen im heutigen Sachsen-Anhalt gestärkt als auch die Zugangsmöglichkeiten für*  
24 *junge Menschen zu den historischen Hintergründen erheblich erweitert.*
- 25 • *Wir befürworten grundsätzlich die Aufnahme weiterer Gedenkstätten und -orte und setzen*  
26 *uns für die Erforschung der historischen Grundlagen vor Ort, die Erschließung und Sicherung*  
27 *vorhandener Überreste und die Erarbeitung pädagogischer Konzepte ein.*
- 28 • *Wir setzen uns für die verstärkte finanzielle und fachliche Unterstützung von*  
29 *Trägervereinen, Geschichtsinitiativen und -projekten ein, die unverzichtbare Bewahrungs-*  
30 *und Erinnerungsarbeit leisten.*

31 *Wir begrüßen die intensive Nutzung der Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt als Lernorte durch*  
32 *die Schulen unseres Landes und appellieren an die Landesregierung, Gedenkstättenfahrten und*  
33 *Projekte in den Gedenkstätten dauerhaft finanziell zu fördern. Fahrten in Gedenkstätten von*  
34 *europäischer Bedeutung wie Auschwitz und Buchenwald sollen ebenfalls weiter gefördert und*  
35 *unterstützt werden.“*  
36

37  
38 **Abstimmung:**

1 Antrag: E23  
2  
3 Antragssteller: Jusos  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

### 9 **Reproduktionsförderung des Landes weiterentwickeln**

10  
11 Das Land Sachsen-Anhalt fördert Maßnahmen der Reproduktionsmedizin  
12 (Kinderwunschbehandlung). Diese weist jedoch eine Reihe von Einschränkungen auf, die  
13 teilweise hinter den gesellschaftlichen Realitäten zurückbleiben, oder auch Paare im Bezug  
14 dieser Leistung unbegründet und stark einschränken. Daher sind im Rahmen einer  
15 Gesetzesnovelle folgende Punkte zu überarbeiten:  
16

17 Die Reproduktionsförderung ist dahingehend zu erweitern, dass zukünftig nicht mehr nur  
18 verheirateten und unverheirateten Paaren in heteronormativer Lebensführung sondern auch  
19 gleichgeschlechtlichen Partnerschaften die Förderung gewährt wird. Hierbei gilt äquivalent zur  
20 bisherigen Heteropaar-Regelung, dass eine eingetragene Partnerschaft nicht vorliegen muss.  
21 Für diesen Fall reicht eine Bestätigung der/des behandelnden Therapeut\*in aus, dass es sich  
22 um eine gefestigte Partnerschaft handelt und das Sorgerecht für das Kind von der zweiten  
23 Person ebenfalls angestrebt wird. Die bisherige Altersgrenze für Väter ist dahingehend zu  
24 ändern, dass es sich zukünftig um die Altersregelung für die zweite Person der Partnerschaft  
25 handelt.  
26

27 Die Regelung, dass die Behandlung in Sachsen-Anhalt zu erfolgen hat, wird ersatzlos  
28 gestrichen.  
29

30 Die Förderung, die bisher für bis zu drei Versuche, im Rahmen von In-Vitro-Fertilisationen bzw.  
31 Intrazytoplasmatischen Spermieninjektion gewährleistet wird, ist zukünftig nicht auf eine  
32 Anzahl beschränkt, so lange die medizinisch indizierten Voraussetzungen erfüllt sind.  
33

34 Das Höchstalter der austragenden Frau sowie das der zweiten Person werden regelmäßig und  
35 individuell, auf Basis neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse auf eine Erhöhung hin überprüft.  
36

### 37 **Begründung:**

38  
39 Das Land Sachsen-Anhalt fördert bereits heute Kinderwunschbehandlungen bei  
40 getrenntgeschlechtlichen Paaren, unabhängig davon ob diese verheiratet sind oder nicht. Diese  
41 Regelung benachteiligt gleichgeschlechtliche Paare, denen diese Möglichkeiten zwar zur  
42 Verfügung stehen, allerdings ohne die Möglichkeit der staatlichen Unterstützung. Hier liegt  
43 somit eine Form der Diskriminierung vor, die schnellstmöglich abgebaut werden muss. Hierbei  
44 ist auch darauf zu achten, dass die Regelung, dass die Inanspruchnahme auch unverheirateten  
45 Paaren möglich sein muss äquivalent übernommen wird, eine eingetragene  
46 Lebenspartnerschaft also keine Voraussetzung werden darf.  
47

48 Bisher gilt, neben der nachvollziehbaren Regelung zum Hauptwohnsitz in Sachsen-Anhalt  
49 auch, dass die Behandlung zwingend in diesem Bundesland erfolgen muss. Diese Regelung ist  
50 aus mehreren Gründen ersatzlos zu streichen. Zum einen gilt ganz pragmatisch, dass in einem  
51 Flächenland die räumliche Nähe in Teilen einfach zu anderen Institutionen gegeben ist, was bei  
52 der häufigeren Notwendigkeit der Termine ein Teilargument ist. Wesentlicher erscheint jedoch,  
53 dass es sich bei der zum Kinderwunsch beitragenden Institution um eine sehr wichtige handelt,  
54 bei deren Auswahl individuelle Aspekte, wie Eindrücke, Vertrauen und Erfahrungsberichte eine  
55 durchaus relevante Rolle spielen. Daher soll Paaren mit Kinderwunsch hier mehr Freiheit bei  
56 der Auswahl der Institution ermöglicht werden.

1 Die aktuelle Förderhöchstzahl ist auf drei Versuche begrenzt. Dies erscheint in Anbetracht der  
2 nicht immer guten Erfolgsquoten als zu gering, da weitere Versuche damit zu einer Art  
3 Luxusgut werden. Dies ist jedoch im Vergleich zu Paaren mit natürlich umsetzbaren  
4 Kinderwunsch als unfair, so dass die Förderung – auch wenn damit geringe Mehrkosten für das  
5 Land verbunden sind – so lange gewährt werden soll, wie die von der Ökonomie unabhängigen  
6 Faktoren der Medizin dies erlauben.

7  
8 Die bisherigen Förderrichtlinien verweisen auf eine medizinische Prüfung, die bereits einige  
9 Jahre her ist. Da mittlerweile jedoch, auch aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen, die  
10 Anzahl an älteren (werdenden) Eltern zugenommen hat und sich die medizinische Realität  
11 weiterentwickelt hat, soll die starre Altersgrenze von 40. bzw. 50 Jahren auf Basis neuerer  
12 Studien kritisch auf eine Erhöhung hin geprüft werden.

13  
14  
15  
16  
17  
18

19 ***Empfehlung der Antragskommission:***  
20 ***Überweisung an AG SPDqueer, Landesfachausschuss Soziales, AsG, AsJ, AsF***

21  
22  
23

***Abstimmung:***

1 Antrag: E24  
2  
3 Antragssteller: AG Migration und Vielfalt  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

9 **Das Grundrecht auf Familie ist nicht verhandelbar – Familiennachzug ermöglichen**

10  
11 Neben einer beruflichen Perspektive sind der Schutz der Ehe und Familie als wesentliche  
12 Faktoren für eine gelungene Integration anerkannt und geschützt. Artikel 6 des Grundgesetzes  
13 misst der Familie einen besonderen Schutz zu. Die EU-Familienzusammenführungsrichtlinie  
14 (2003/86/EG) beschreibt den Kerngedanken der Bedeutung der Familie. Darin wird die  
15 Familienzusammenführung als notwendige Voraussetzung für ein Familienleben beschrieben.  
16 Sie trage zur Schaffung soziokultureller Stabilität bei und unterstütze die Integration von  
17 Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedsstaat. Diesem Gedanken wird auch in Art. 6 GG und  
18 Art. 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) Rechnung getragen.  
19

20 Das Schicksal von Menschen, die bereits durch ihre Fluchterfahrung und die notwendige  
21 Neuorientierung vor großen Herausforderungen stehen, darf kein Spielball politischer  
22 Verhandlungen werden. Wer Integrationsbereitschaft fordert, muss Voraussetzungen für  
23 gelingende Integration schaffen. Wenn Flüchtlingskinder nicht nur ohne ihre Eltern bei uns  
24 leben müssen, sondern auch um Leib und Leben ihrer Familien z.B. in Syrien bangen müssen,  
25 wird die kindliche Entwicklung als auch der Integrationsprozess erschwert.  
26

27 Wir stehen dazu, dass auch Geflüchtete mit subsidiären Schutzstatus eine dauerhafte  
28 Lebensperspektive in Deutschland erhalten und gleichberechtigten Zugang zu allen  
29 Integrationsangeboten erhalten.  
30

31 Die SPD Sachsen-Anhalt fordert daher ein Ende jeglicher Einschränkungen der  
32 Familienzusammenführung. Familiennachzug verstehen wir nicht als Belastung, sondern als  
33 Motor der Integration.  
34

35 **Begründung:**

36  
37 Angesichts der alarmistisch geführten Debatten um die Anzahl der Nachzugsberechtigten  
38 bedarf es einerseits eines klar an den positiven integrations- und kindeswohlbezogenen Folgen  
39 der Familienzusammenführung orientierten, humanitären Standpunktes sowie andererseits  
40 einer versachlichenden Perspektive:  
41

42 Nachgeholt werden darf in erster Linie nur die Kernfamilie. Das sind Eltern, eigene Kinder sowie  
43 Ehe- und Lebenspartner.  
44

45 Aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geht hervor, dass  
46 bundesweit ca. 50.000 bis 60.000 Personen berechtigt sein könnten, ihre Familien  
47 nachzuholen. Ausgehend von einer Gesamtgröße der derzeit in Sachsen-Anhalt lebenden 5.160  
48 Schutzsuchenden mit einem subsidiären Schutzstatus und unter Berücksichtigung der  
49 unbegleiteten Minderjährige unter 18 Jahren, kann in Sachsen-Anhalt mit ca. 2.000  
50 nachzugsberechtigten Personen gerechnet werden.  
51

52 Nur ein Teil der Schutzsuchenden kam ohne Kernfamilie in Deutschland an. Die meisten jungen  
53 Männer haben noch keine Familie gegründet. Weniger als die Hälfte ist bereits verheiratet bzw.  
54 hat minderjährige Kinder. Nur jeder dritte verheiratete Schutzsuchende hat einen Ehepartner  
55 zurückgelassen. Etwa ebenso viele Schutzsuchende haben ein oder mehrere minderjährige  
56 Kinder, so die Forscher des IAB. Zudem ist davon auszugehen, dass nicht alle

## Antragsbereich E – Innen-, Außen- und Rechtspolitik

1 Nachzugsberechtigten die Möglichkeit des Familiennachzugs nutzen werden. So nahmen 2015  
2 und 2016 von ca. 255.000 Nachzugsberechtigten weniger als 90.000 von diesem Recht  
3 Gebrauch.

4

5

6

7

8

9

10 ***Empfehlung der Antragskommission:***

11 ***Annahme***

12 ***Anmerkung: Weiterleitung an „SPD-Bundestagsfraktion“ geändert in „SPD-Bundesparteitag“***

13

14

15 ***Abstimmung:***

1 Antrag: E25  
2  
3 Antragssteller: ASF und Fachausschuss Kultur  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion  
6  
7 Der Landesparteitag möge beschließen:  
8

### 9 **Geschlechtergerechtigkeit im Kulturbereich**

10  
11 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sich für eine Quote zur Herstellung von  
12 Geschlechterparität in den künstlerischen Beiräten, Gremien und Vorständen der öffentlich  
13 geförderten Kunst- und Kultureinrichtungen des Landes einzusetzen.

14 Bei der Vergabe von Preisen und Stipendien soll in Zukunft ein ausgewogenes  
15 Geschlechterverhältnis gewährleistet werden. Dafür sind die Kriterien zur Vergabe von  
16 Stipendien und Preisen darauf hin zu überprüfen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
17 möglich ist und keine Nachteile durch die Inanspruchnahme von Erziehungszeiten entstehen.  
18 Das könnte bsp. durch die Einführung eines erhöhten Familienstipendiums bei der  
19 Kunststiftung und anderen Einrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt bei auswärtigen  
20 Stipendien erreicht werden.

21  
22 Bei der Besetzung von leitenden Positionen – auch bei kommunalen Kultureinrichtungen wie  
23 den Theatern und Orchestern und den öffentlich-rechtlichen Stiftungen – ist auf  
24 Geschlechtergerechtigkeit zu achten. Zur Förderung der Bewerbung von Frauen soll die  
25 Einrichtung eines Mentoring-Programms und die Stärkung von Netzwerken geprüft werden.

### 26 **Begründung**

27  
28  
29 Die Repräsentanz und Wahrnehmung von Frauen in Kunst und Kultur ist nach wie vor von  
30 tradierten Mustern und Vorstellungen sowie informellen und kulturellen Barrieren bestimmt.  
31 Trotz Verbesserungen sind noch zu wenige Frauen in Führungspositionen im Kulturbereich  
32 vertreten. Die umfangreiche Studie des Deutsche Kulturrates „Frauen in Kultur und Medien. Ein  
33 Überblick über aktuelle Tendenzen, Entwicklungen und Lösungsvorschläge“ zeigt, dass trotz  
34 fast gleichbleibender Anzahl von männlichen und weiblichen Studienanfängern die Zahl der  
35 Professorinnen an den Kunsthochschulen immer noch unter dem Bundesdurchschnitt liegt. In  
36 vielen großen öffentlich geförderten Kultureinrichtungen gibt es keine einzige Frau in leitender  
37 Funktion. Die Studie zeigt, dass der Gender pay gap auch im Kunst- und Kulturbereich keine  
38 Ausnahmerecheinung ist. Frauen verdienen mit ihrer künstlerischen Arbeit weniger als ihre  
39 männlichen Kollegen. Sie sind öfter prekär beschäftigt und erhalten weniger oft Stipendien  
40 und Preise und sind nicht paritätisch in Gremien, Beiräten und in Vorständen vertreten.

41 Text

42  
43  
44  
45  
46  
47  
48 ***Empfehlung der Antragskommission:***

49 ***Annahme***

50  
51  
52 ***Abstimmung:***

1 Antrag: E26  
2  
3 Antragssteller: SPD AK Rechtsextremismus und Landesvorstand  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

### 9 **Populisten entgegentreten – Solidarität statt Hetze**

10  
11 Der Wahlkampf hat erneut gezeigt, dass die Themen Flucht und Asyl nach wie vor in vielen  
12 gesellschaftlichen Diskursen virulent sind. Häufig wurde der Wahlkampf auf dem Rücken  
13 geflüchteter Menschen und ohne Rücksicht auf Fakten ausgetragen. Im Ergebnis zieht eine  
14 rechtspopulistische, in Teilen rechtsextreme Partei in den Bundestag ein und wird das  
15 Parlament als Plattform für Hetze und Ausgrenzung nutzen. Sie, ihre Jugendorganisationen  
16 und Stiftungen sind keine Partner zur Zusammenarbeit – weder auf kommunaler, Landes- oder  
17 Bundesebene.

18  
19 Im Kampf gegen Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit sind Zivilcourage im Alltag,  
20 zivilgesellschaftliches Engagement und Präventionsmaßnahmen mindestens genauso wichtig  
21 wie repressive Maßnahmen von Polizei und Sicherheitsbehörden. Die SPD unterstützt die  
22 Arbeit, die zur Aufklärung und Entzauberung populistischer Botschaften beiträgt. Die SPD setzt  
23 sich deshalb ein für eine Stärkung und Anerkennung von Initiativen, Projekten und  
24 Beratungsangeboten, die sich gegen Rechtsextremismus und -populismus engagieren,  
25 Betroffene rechter Gewalt beraten, Ausstiegs- und Distanzierungsprozesse aus  
26 rechtsextremen Szenen begleiten und Kommunen und Engagierte unterstützen. Wir brauchen  
27 ein Demokratiefördergesetz, welches die Arbeit gegen Rechts langfristig auf gesetzliche Füße  
28 stellt. Damit könnte der Bund die Länder auch finanziell unterstützen. Dies scheint mit Blick auf  
29 einige von rechter Gewalt und Rechtspopulismus besonders betroffene Bundesländer, welche  
30 alleine die Lage nicht mehr bewältigen können, angezeigt.

### 31 32 33 **Begründung:**

34  
35 Dem grassierenden Rechtspopulismus in Deutschland und dessen parteipolitischer  
36 Repräsentation durch die AfD liegt die Vorstellung zu Grunde, nur sie vertreten ein als  
37 Homogen gedachtes Volk. Dies offenbart den populistischen und antipluralistischen Kern der  
38 AfD, der das repräsentative Parteiensystem zu delegitimieren versucht. Neben dieser  
39 fundamentalen Opposition zur politischen Elite werden Konflikte mit Migrant\*innen und  
40 Gruppen, die nicht zum „Volkskörper“ passen, geschürt. Wer im Zusammenhang mit globalen  
41 Fluchtbewegungen von „Wohlstandsflüchtlingen“ und „Umvolkung“ spricht, tritt das  
42 Grundrecht auf Asyl und die individuelle Menschenwürde mit Füßen. Wer das staatliche  
43 Gewaltmonopol in Abrede stellt und „Widerstand“ einfordert, gefährdet den gesellschaftlichen  
44 Frieden, zündelt an den Fundamenten der Demokratie und legitimiert Gewalttaten von  
45 selbsternannten Vollstreckern des wahren Volkswillens.

46  
47 Dies erzeugt ein gesellschaftliches Klima, in dem Geflüchtete, Migrant\*innen und  
48 Andersdenkende Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt sind. Gerade die Sozialdemokratie  
49 muss sich klar gegen diese erschreckende Entwicklung stellen und Werte wie soziale  
50 Gerechtigkeit und Solidarität in ihrem politischen Handeln systematisch sichtbar machen.

51  
52 ***Empfehlung der Antragskommission:***  
53 ***Annahme***

54  
55  
56 ***Abstimmung:***  
57

1 Antrag: E27

2 Antragssteller: Jusos

3

4 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

5

6

**Diskriminierung aktiv bekämpfen:**

7

**Unabhängiges Beschwerdemanagement gegen Diskriminierung einrichten**

8

9 Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass Opfer von Diskriminierung Zugang zu einem  
10 unabhängigen Beschwerdemanagement erhalten nach AGG in jedem Landkreis. Dabei sollen  
11 bestehende Angebote möglichst ausgebaut werden, anstatt Doppelstrukturen zu schaffen.

12

13 Damit soll sichergestellt werden, dass die zahlreichen unterschiedlichen Gruppen ohne Angst  
14 vor negativen Konsequenzen eine Ansprechperson haben, die sie bei der möglichen juristischen  
15 Aufarbeitung berät.

16

17 Das entstehende Netzwerk soll darüber hinaus Bildungsaufgaben übernehmen und somit  
18 Diskriminierungsprävention betreiben und für eine nachhaltige Sensibilisierung für die  
19 unterschiedlichen Formen von Diskriminierung führen.

20

21 Die sichere Finanzierung der Beschwerdestellen muss Aufgabe des Landes sein und langfristig  
22 gefördert werden.

23

24 So können wir Diskriminierung aktiv bekämpfen!

25

**Begründung:**

26

27  
28 Immer wieder fordern Opferverbände unabhängige Beschwerdestellen und immer wieder  
29 bleiben Vorfälle im Dunkeln, wenn Opfer negative Konsequenzen fürchten. Schüler\*innen  
30 müssen beispielsweise das Rektorat der Schule aufsuchen und damit darauf hoffen, dass keine  
31 persönliche Beziehung zwischen der Ansprechperson und de/r vermeintlichen Täter\*in besteht.

32

33 Die Erfahrung zeigt, dass die mobilen Beratungen für Opfer rechter Gewalt beispielsweise  
34 höhere Zahlen vorlegen, als die Polizei. Oft bestehen Hemmschwellen öffentliche Institutionen  
35 aufzusuchen und auch herrscht manchmal mangelnde Sensibilisierung bei den öffentlichen  
36 Stellen.

37

38 Die Einrichtung eines landesweiten Beschwerdemanagements ist eine umfangreiche Aufgabe,  
39 die in der Konsequenz zu einem Wandel in der Gesellschaft führen soll. Opfer von  
40 Diskriminierung dürfen sich nicht alleingelassen fühlen und brauchen erfahrene  
41 Ansprechpersonen.

42

43 Das entstehende Netzwerk soll darüber hinaus Bildungsaufgaben übernehmen und somit  
44 Diskriminierungsprävention betreiben und für eine nachhaltige Sensibilisierung für die  
45 unterschiedlichen Formen von Diskriminierung führen.

46

47 Auch, wenn es bereits zahlreiche, auch einige unabhängige, Beschwerdestellen gibt, soll der  
48 Antrag es zur Landesaufgabe machen eine Vernetzung zwischen den unterschiedlichen  
49 Angeboten zu erzielen und vor allem bestehende Lücken an Beschwerdestellen zu füllen.

50

51 Es muss ein Kernanliegen der SPD bleiben, sich der Schutzbedürftigen anzunehmen und der  
52 Diskriminierung die Stirn zu bieten.

53

54

55



Antragsbereich E – Innen-, Außen- und Rechtspolitik

- 1 ***Empfehlung der Antragskommission:***
- 2 ***Annahme***
- 3
- 4
- 5 ***Abstimmung:***
- 6

1 Antrag: E28  
2  
3 Antragssteller: Jusos  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagfraktion, SPD-Bundesparteitag und SPD-Bundestagsfraktion  
6 sowie Bundeskongress  
7

8 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
9

10 **Paritätisches Geschlechterverhältnis zum Erwerb von Kunstgegenständen und Kunstaufträgen**  
11 **in staatlichen Institutionen**  
12

13 Festsetzung eines paritätischen Geschlechterverhältnisses beim Erwerb von  
14 Kunstgegenständen und Kunstaufträgen in staatlichen Institutionen, um die Arbeiten von  
15 Künstlerinnen zu unterstützen. Damit würden die staatlichen Institutionen eine  
16 Vorbildfunktion übernehmen Künstlerinnen geschlechtergerecht zu unterstützen.  
17

18 **Begründung:**  
19

20 Sei es im Bundestag oder in den Räumen der Landesregierungen, der Erwerb und die  
21 Ausstellung von Kunstgegenständen spielt eine wichtige Rolle bei der Repräsentation und  
22 Einrichtung der Räumlichkeiten.  
23

24 Da Frauen, wie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen, auch im künstlerischen Bereich  
25 diskriminiert und benachteiligt werden, ist es umso wichtiger, dass sich staatliche Institutionen  
26 um eine Gleichberechtigung der Geschlechter bemühen hinsichtlich des Erwerbs von  
27 Kunstgegenständen sowie bei der Vergabe von Kunstaufträgen.  
28

29 Fakt ist, dass Künstler nach wie vor den künstlerischen Bereich dominieren sowie einen  
30 höheren Marktanteil innerhalb verschiedener künstlerischer Gebiete besitzen. Daher sollten  
31 staatliche Institutionen mit positivem Beispiel vorangehen und die Arbeit von Künstlerinnen  
32 unterstützen.  
33  
34  
35  
36  
37  
38

39 ***Empfehlung der Antragskommission:***  
40 ***Ablehnung***  
41

42  
43 ***Abstimmung:***

1 Antrag F1  
2  
3 Antragsteller: SPD-Kreisverband BLK  
4

5 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
6

### 7 **Sinnvolle Vergaberichtlinien im SPNV durch die NASA Sachsen-Anhalt** 8

9 Trotz festgelegten Parametern bei Ausschreibungen, kommt es im Regelbetrieb immer wieder  
10 zu Problemen im schienenbezogenen Personennahverkehr.

11 Daher sind bei künftigen Vergaben im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs die  
12 Ausschreibungen so zu gestalten, dass zwischen den Eisenbahnunternehmen keine  
13 Ungleichgewichte entstehen, als auch der Kunde nicht die Lasten einer „preisgünstigsten  
14 Vergabe“ tragen muss. Hierzu zählen Anpassungen in den Bereichen:  
15

- 16 • Eine Neubeschaffung von Fahrzeugen für jede Vergabeperiode ist nicht möglich. Das  
17 Wagenmaterial, welches länger als eine Vergabeperiode nutzbar ist, soll weitergegeben  
18 werden (Eine Aufarbeitung des Materials ist möglich)
- 19 • Eine ausreichend große Fahrzeugreserve muss geschaffen werden, um genügend  
20 Spielraum bei technischen Defekten oder anderen Ausfällen zu gewähren
- 21 • Die Mindestanzahl an Zugpersonal muss erhöht werden, damit es nicht zu Ausfällen  
22 bei Urlaub und Krankheit kommt.  
23

24 Weiterhin ist zu prüfen, ob Ausschreibungen für Fahrzeuge des SPNV nicht zentral durch die  
25 vergebende Verkehrsgesellschaft erfolgen sollten, unabhängig von möglichen Betreibern. Die  
26 wirtschaftlichste Nutzung von Fahrzeugen kann so garantiert werden und kein Unternehmen  
27 hätte einen Nachteil wegen potentieller Neuanschaffungen.  
28

### 29 **Begründung:** 30

31 Die bisherige Vergabep Praxis hat sich nicht bewährt, wie immer wieder Beispiele aus  
32 verschiedenen Bundesländern zeigen.

33 Der Kunde wird „Opfer“ einer möglichst günstigen Ausschreibung. Viele neue  
34 Bahnunternehmen und auch die Deutsche Bahn rechnen mit minimalen Fahrzeugbestand und  
35 minimalen Personalstand, um so die Aufträge zu erhalten. Die Quittung hierfür bekommt der  
36 Bahnkunde. National Express musste nach der Übernahme von Bahnstecken in NRW im  
37 Sommer 2016 reihenweise Züge ausfallen lassen, da nicht genügend Personalreserve zur  
38 Verfügung stand. Auch die S-Bahn Mitteldeutschland der DB hat immer wieder aufgrund von  
39 zu wenigen Triebzügen Probleme im Fahrplan. Die Liste ist endlos erweiterbar um weitere  
40 Unternehmen wie die Eurobahn, NWB, NEB, erixx oder RDC, die aufgrund von  
41 Vergabevorschriften und dem möglichst niedrigsten Preis später Probleme im Normalbetrieb  
42 haben. Dies geht immer zu Lasten der Bürger, die auf die Nutzung des SPNV angewiesen sind.  
43

44 Mit der jüngsten Vergabe des Saale-Thüringen-Südharz Netzes und des Dieselnetzes Sachsen-  
45 Anhalt an Abilio Mitteldeutschland wurde der Wagenpark der befahrenen Strecken  
46 grundlegend erneuert. Die Kosten hierfür wurden auch aus Mitteln des Landes und des Bundes  
47 bezahlt. Da jedoch Loks, Wagen und Triebwagen eine deutlich längere Einsatzzeit haben, als  
48 die Laufzeit des Verkehrsvertrages von 15 Jahren, sind diese am Ende der Verträge noch  
49 nutzbar. Eine erneute Ausschreibung, die auf neue Fahrzeuge setzt, ist somit nicht nur  
50 unsinnig, sondern auch unwirtschaftlich gegenüber von Steuerzahlern und Bahnkunden, die  
51 etwaige Kosten durch Ticketpreise bezahlen müssten. Dies gilt besonders in Zeiten von  
52 sinkenden Regionalisierungsmitteln. Daher ist eine weitere Nutzung, wie es auch in anderen  
53 Ländern bereits praktiziert wird, anzustreben.

54 Eine Ausschreibung durch die Verkehrsgesellschaft hat den Vorteil, dass kein Anbieter  
55 aufgrund von Neubeschaffung oder Weiternutzung benachteiligt wird. Außerdem können  
56 Fahrzeuge genauso genutzt werden, wie es die Laufzeit zulässt. Eine Koppelung an

1 Bedienstungsverträge findet nicht statt, sodass noch „zu junge“ Fahrzeuge nicht vorfristig  
2 abgestellt werden oder noch viele Jahre mit „zu alten“ Wagenmaterial gefahren werden muss.  
3 Bei einer zentralen Beschaffung hat der Auftraggeber zudem mehr Mitsprachrecht, was die  
4 Anzahl der Fahrzeuge betrifft. Engpässe wegen fehlender Zugteile, wie teilweise in S-Bahn-  
5 Netz Mitteldeutschland können so minimiert oder verhindert werden.  
6  
7  
8  
9  
10  
11

12 ***Empfehlung der Antragskommission:***

13 ***Annahme in geänderter Fassung***

14 ***Ergänze auf Seite 43 Zeile 23:***

- 15 • *„Öffentliche Auftraggeber sollen dazu verpflichtet werden, dass entsprechend §11 des*  
16 *Vergabegesetzes der ausgewählte Betreiber eines öffentlichen Dienstes die*  
17 *Arbeitnehmer des bisherigen Betreibers zu den bisherigen Arbeitsbedingungen*  
18 *übernimmt.“*  
19

20  
21 ***Abstimmung:***

1 Antrag: F2  
2  
3 Antragssteller: Jusos  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

9 **Landesweit gültiges Ticket für den ÖPNV für Studierende und Auszubildende in Sachsen-**  
10 **Anhalt**

11  
12 Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich für die Einführung eines landesweit gültigen Verkehrstickets  
13 für Studierende und Auszubildende ein.  
14

15 **Begründung:**

16  
17 Die Einführung eines landesweiten Tickets für Personen die sich noch in der Ausbildung oder  
18 im Studium befinden, erleichtert das Leben dieser Personengruppe, für die Fahrtkosten oftmals  
19 einen hohe finanzielle Belastung darstellen, immens. Menschen in dieser Altersgruppe besitzen  
20 oftmals kein eigenes Auto und sind somit mehr als andere auf öffentliche Verkehrsmittel  
21 angewiesen. Sachsen- Anhalt ist hier im Hintertreffen, denn in fast allen Bundesländern gibt es  
22 zumindest für Studierende Regelungen, um im jeweiligen Bundesland den öffentlichen  
23 Nahverkehr nutzen zu können, ohne ein zusätzliches Ticket zu erwerben.  
24

25 Neben einer erhöhten Mobilität, ist die Verlagerung von Verkehr auf die Schienen auch aus  
26 ökologischen Aspekten sinnvoll.  
27

28 Die Finanzierung kann, wie es auch jetzt schon geschieht, durch die Studierendenwerke  
29 anteilig für die Studierenden geschehen. Der Anteil der Auszubildenden kann durch  
30 Unterstützung des Landes so gehalten werden, dass das Ticket für alle bezahlbar bleibt und  
31 somit erreicht wird, dass Möglichst viele Studierende und Auszubildende davon profitieren  
32 können.  
33  
34  
35  
36  
37  
38

39 ***Empfehlung der Antragskommission:***

40 ***Annahme in geänderter Fassung***

41 ***Streiche auf Seite 45 Zeile 7-13 und ersetze durch:***

42 ***„Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:***

43  
44 ***Azubi-Ticket und Studierenden-Ticket***

45  
46 ***Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich ein für:***

- 47  
48 ***1. ein Azubi-Ticket. Damit sollen Auszubildende kostenfrei zwischen Wohn- und***  
49 ***Berufsschulstandort fahren können.***  
50 ***2. ein Studierenden-Ticket. Damit sollen Studierende kostenfrei zwischen Wohn- und***  
51 ***Hochschulstandort fahren können.“***

52  
53  
54 ***Abstimmung:***

1 Antrag: F3  
2  
3 Antragssteller: Jusos  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

### 9 Luftsicherheit in staatliche Hände geben

10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Streichung des §5 (5) des  
11 Luftsicherheitsgesetzes einzusetzen.  
12

13 Weiterhin soll der Beruf des Luftsicherheitsassistenten ein vollständiger Ausbildungsberuf mit  
14 dreijähriger Ausbildungszeit werden. Während der Ausbildung sollen aktuelle Technik und  
15 aktuelle Materialien eingesetzt werden.  
16

17 Weiterhin fordern wir die SPD-Fraktionen im Landtag sowie im Stadtrat Halle auf, sich für die  
18 Kündigung des am Flughafen Leipzig/Halle tätigen Luftsicherheitsunternehmens sowie der  
19 Gründung eines staatlichen Unternehmens nach Vorbild der „Sicherheitsgesellschaft am  
20 Flughafen München mbH“ einzusetzen.  
21

### 22 Begründung:

23 Der § 16a des Luftsicherheitsgesetzes lautet:

24 „(1) Die zuständige Luftsicherheitsbehörde kann natürlichen Personen sowie teilrechtsfähigen  
25 Vereinigungen und juristischen Personen des Privatrechts als Beliehenen die Wahrnehmung  
26 folgender Aufgaben übertragen:  
27

- 28 1. bestimmte Aufgaben bei der Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen  
29 nach § 5 Absatz 1 bis 3 und
- 30 2. Zulassungs-, Zertifizierungs- und Überwachungsaufgaben nach § 9 Absatz 1 Satz 2 bis 6,  
31 § 9 Absatz 3, § 9a Absatz 2 und § 10a Absatz 2 bis 4.  
32

33 (2) Die Beleihung ist nur zulässig, wenn

- 34 1. der zu Beleihende für die zu übertragende Aufgabe geeignet, sach- und fachkundig und  
35 zuverlässig ist; insbesondere müssen die erforderlichen speziellen rechtlichen und  
36 technischen Kenntnisse nachgewiesen werden,
- 37 2. die Erfüllung der übertragenen Aufgaben sichergestellt ist und
- 38 3. keine überwiegenden öffentlichen Interessen entgegenstehen.  
39 Die beleihende Behörde hat sich anhand geeigneter Nachweise vom Vorliegen der in  
40 Satz 1 Nummer 1 genannten Voraussetzungen zu überzeugen.  
41

42 (3) Die Beleihung kann jederzeit ganz oder teilweise zurückgenommen, widerrufen oder mit  
43 Nebenbestimmungen verbunden werden.  
44

45 (4) Der Beliehene ist im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben und der sonst geltenden  
46 Gesetze befugt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. § 3 Absatz 4 gilt entsprechend.  
47

48 (5) Der Beliehene untersteht der Aufsicht der Luftsicherheitsbehörde, die die Beleihung  
49 vorgenommen hat.  
50

51 (6) Wird der Rechtsträger der Luftsicherheitsbehörde, die die Beleihung vorgenommen hat, von  
52 einem Dritten wegen eines Schadens in Anspruch genommen, den der Beliehene in Ausübung  
53 des ihm anvertrauten Amtes diesem durch eine Amtspflichtverletzung zugefügt hat, so kann  
54 der Rechtsträger bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit beim Beliehenen Rückgriff nehmen.  
55 Vertragliche Ansprüche des Rechtsträgers aus demselben Schadensereignis gegen Dritte,  
56

1 insbesondere den Arbeitgeber des Beliehenen, bleiben unberührt und sind vorrangig geltend  
2 zu machen.“  
3

4 Durch diesen Paragraphen ist es möglich, die Sicherheitskontrollen an den Flughäfen an private  
5 Firmen zu vergeben. Dadurch wird zum einen eine hoheitliche Aufgabe privatisiert. Diese  
6 denken jedoch in erster Linie an ihren Profit und nicht an die Sicherheit.  
7

8 EU-Kontrolleure haben laut der Radiodokumentation „Bombensicher? Ein Feature über  
9 mangelhafte Kontrollen an deutschen Flughäfen“, produziert dieses Jahr vom Hessischen  
10 Rundfunk, im Dezember 2014 bei Kontrollen am Frankfurter Flughafen „rund die Hälfte ihrer  
11 „gefährlichen Gegenstände“ durch [die] Kontrollen“ gebracht. Ähnliche Resultate gab es auch  
12 im gleichen Jahr in Düsseldorf und 2016 in Köln- dort wurden sogar 9 von 12 Gegenständen  
13 „durchgeschmuggelt“.  
14

15 Dazu kommt noch eine hohe Fluktuation bei den Luftsicherheitsassistenten. So sind laut oben  
16 genanntem Beitrag am Flughafen Düsseldorf zwischen 2004 und 2015 bei einem  
17 Personalbestand von 700 Angestellten 2200 Angestellte beschäftigt gewesen- 1500 Personen  
18 haben den Flughafen also verlassen.  
19

20 Dazu kommt, dass der Luftsicherheitsassistent nur ein schulischer Anlernberuf ist. Zukünftige  
21 Luftsicherheitsassistenten werden 6 Wochen geschult, laut einem Beitrag von ZDF Wiso von  
22 2015 mit veralteten Materialien und veralteter Technik.  
23

24 Für die Übergangszeit soll am Flughafen Leipzig/Halle ein staatliches Unternehmen nach  
25 Vorbild der „Sicherheitsgesellschaft am Flughafen München mbH“ gegründet werden. Deren  
26 Mitarbeiter werden nach TVÖD bezahlt. Auch nehmen diese nicht alle Bewerber an, wie dies die  
27 privaten Unternehmen oft handhaben.  
28

29 Dafür kann sich die Stadt Halle sowie das Land Sachsen-Anhalt einsetzen, da sie Anteile an der  
30 Mitteldeutschen Airport Holding und Vertreter in dessen Aufsichtsrat besitzen.  
31  
32  
33  
34  
35  
36

37 ***Empfehlung der Antragskommission:***

38 ***Annahme in geänderter Fassung***

39 ***Anmerkung: Weiterleitung an „SPD-Bundestagsfraktion“ gestrichen***  
40 ***Streiche auf Seite 46 Zeile 14-21***

41

42

43 ***Abstimmung:***

1 Antrag: F4

2

3 Antragssteller: KV Börde und LFA Ernährung – Landwirtschaft – Forsten

4

5 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

6

7

### **Aktionsprogramm für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland**

8

9 Für die Zukunft des ländlichen Raumes und des ganzen Landes ist ein Aktionsprogramm für  
10 gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland zu initiieren und die gezielte Förderung  
11 strukturschwacher Regionen durch innovative ländliche Entwicklungspolitik weiter zu  
12 entwickeln. Die Politik für die ländlichen Räume muss in der Sozialdemokratie wieder mehr  
13 Gewicht erhalten. Die Sicherung der Infrastruktur zur Daseinsvorsorge, wie das Vorhalten der  
14 medizinischen Versorgung und ein ausreichendes und nahes Angebot von Kindertagesstätten  
15 und Schulen sind dabei entscheidend. Gleiche Chancen und Voraussetzungen wie in den  
16 Metropolen und Ballungsräumen sind eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Die Menschen vor Ort  
17 sollen mehr Einfluss auf die Entwicklung ihrer Region bekommen, da diese oft viel besser  
18 wissen, was unbedingt gefördert werden sollte, damit der ländliche Raum sich zukunftsfähig  
19 weiterentwickeln kann. Mit dem Aktionsprogramm wollen wir ein gesamtdeutsches System  
20 zur Verbesserung der Förderung strukturschwacher Regionen schaffen. Es soll dazu dienen,  
21 deren wirtschaftliche Entwicklung, regionale Innovationspotenziale und die örtliche  
22 Infrastruktur zu stärken. Gute Breitbandversorgung und ein leistungsfähiges Netz für ländliche  
23 Räume ist unabdingbare Voraussetzung für die Nutzung und Weiterentwicklung digitaler  
24 Anwendungen. Zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Entwicklung der  
25 ländlichen Räume brauchen wir eine innovative, ressortübergreifende Politik.

26

27

#### **Begründung:**

28

29

30 Der ländliche Raum ist mehr als Naturidylle oder rustikale Romantik, er ist Lebens- und  
31 Berufswelt von mehr als zwei Dritteln der Menschen in unserem Land. Aber vom Ziel der  
32 Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sind wir weit entfernt und bewegen uns angesichts  
33 des demografischen Wandels eher in die entgegengesetzte Richtung. Wir dürfen es nicht  
34 weiter zulassen, dass in einigen Landstrichen in Deutschland junge Menschen keine  
35 Perspektive auf dem Arbeitsmarkt haben, geringe Steuereinnahmen zu gravierenden  
36 Problemen der Kommunen führen, die Abwanderung in vollem Gang ist, Kinder zu lange  
37 Schulwege haben und für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger der Weg zum nächsten Arzt  
38 immer weiter wird.

39 Beispiel schnelles Internet: Mit einer Datenübertragungsrate von maximal einem Megabit pro  
40 Sekunde ist das Internet auf dem Lande oft sehr langsam. Mittelständische Unternehmen sind  
41 nicht wettbewerbsfähig, wenn das Herunterladen von großen Datenmengen und der Versand  
42 von umfangreichen e-Mails unmöglich sind. Die Folge: Unternehmen und Familien ziehen weg,  
43 trotz Idylle, die wir hier haben. Wenn kein Unternehmen schnelles Internet für bestimmte  
44 ländliche Gebiete anbieten will, weil das zu teuer ist. Die digitale Spaltung zwischen Stadt und  
45 Land muss beendet und „Breitband für alle“ geschaffen werden.

46 Grundsätzlich ist die regionale Entwicklung abhängig vom Ideenreichtum und der Kreativität  
47 der Menschen vor Ort. Ihre Kompetenzen gilt es in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens zu  
48 stärken. Dafür brauchen wir eine bessere interkommunale Zusammenarbeit. Dafür müssen die  
49 Fördervoraussetzungen angepasst werden.

50 Unsere Initiative soll dazu dienen, die wirtschaftliche Entwicklung, regionale  
51 Innovationpotentiale und die örtliche Infrastruktur zu stärken.

52

53 ***Empfehlung der Antragskommission:***

54 ***Annahme***

55

56 ***Abstimmung:***



1 Antrag: O1  
2  
3 Antragsteller: KV Harz  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

### 9 Einführung von online-organisierten Themenforen

10  
11 Jedes Parteimitglied soll sich unbürokratisch in einer festgelegten Anzahl an Online-  
12 Themenforen beteiligen können. Dazu werden Themenforen zu verschiedenen Politikbereichen  
13 (z. B. Arbeit, Umwelt, Digitales) eingerichtet, die jedes Parteimitglied einsehen darf. Jedes  
14 Themenforum entscheidet für sich, wieviele Unterforen eingerichtet werden und auch,  
15 inwiefern sich diese zeitlich und inhaltlich beschränkt oder unbeschränkt für Nicht-  
16 Themenforenmitglieder oder gar Nicht-Parteimitglieder öffnet.

17  
18 Die Online-Themenforen sollen nicht nur die konkrete inhaltliche Sacharbeit an Texten  
19 ermöglichen. Vielmehr sollen diese auch der Vernetzung dienen, in dem Online-Konferenzen,  
20 Chats, aber auch klassische Konferenzen vor Ort ermöglicht werden.

21  
22 Die Themenforen, nicht aber die Unterforen, sind antragsberechtigt für den Bundesparteitag  
23 und stellen Delegierte für den Bundesparteitag, die innerhalb der Foren bestimmt werden. Der  
24 Parteivorstand stellt hauptamtliches Personal und Budget bereit, die die Themenforen in  
25 organisatorischen und administrativen Belangen unterstützen.

26  
27 Der SPD-Parteivorstand wird damit beauftragt, Online-Themenforen technisch, konzeptionell  
28 und parteirechtlich umzusetzen und spätestens im 1. Halbjahr 2019 einzuführen.

### 29 Begründung:

30  
31  
32 Die Möglichkeit der Themenforen wurden bis jetzt nicht so genutzt, dass die Mehrheit der  
33 Partei daran teilhaben kann. Die ortsgebundene Arbeit in Ortsvereinen entspricht nicht der  
34 Lebensrealität vieler (insbesondere jüngerer) Mitglieder. Viele Mitglieder möchten sich konkret  
35 inhaltlich beteiligen. Online-Themenforen erfüllen mehrere Zwecke:

- 36
- 37 • Sie ermöglichen die Teilhabe an politischen Prozessen direkt ab Beginn der
  - 38 Mitgliedschaft und sind ortsungebunden möglich.
  - 39 • Sie zeigen die Kompetenzen innerhalb der Partei auf. Durch die Themenforen werden
  - 40 sich Mitglieder beteiligen, die aufgrund unterschiedlicher Gründe bis jetzt nur passive
  - 41 Mitglieder waren.
  - 42 • Sie ermöglichen die Vernetzung von SPD-Mitgliedern über die klassischen regionalen
  - 43 Grenzen hinaus.
- 44

45 Online-Themenforen müssen auch mit politischer Macht und Kompetenzen ausgestattet  
46 werden, um den Vorwurf der Scheinbeteiligung ausdrücklich zu entkräften. Dies wird durch das  
47 Antragsrecht für den Bundesparteitag und dem Stellen von ordentlichen Delegierten  
48 sichergestellt. Das deutsche Parteiengesetz ermöglicht ein Fünftel ortsungebundene  
49 Delegierte, wovon die SPD abgesehen vom Parteivorstand, bis jetzt keinen Gebrauch macht.

50  
51 ***Empfehlung der Antragskommission:***  
52 ***Annahme in geänderter Fassung***  
53 ***Streiche auf Seite 49 Zeile 22-25***

54  
55  
56 ***Abstimmung:***

1 Antrag: O2  
2  
3 Antragsteller: KV Harz  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

9 **Offenheit für Parteimitglieder auf lokaler Ebene**

10  
11 Es wird angestrebt, dass die Ortsvereine aller 2 Monate parteioffen tagen. Diese Sitzungen  
12 müssen allen Parteimitgliedern offen stehen. Parteimitglieder haben so auch Gelegenheit,  
13 andere Gliederungen kennenzulernen. Alle Parteisitzungen (ab dem Ortsverein aufwärts)  
14 werden mit Start- und Endzeit parteiöffentlich angekündigt und dementsprechend geplant.  
15 Dies ermöglicht es auch viel beschäftigten Menschen, Sitzungen in ihren Alltag einzuplanen  
16 und erhöht damit die Bereitschaft zu Parteiengagement.  
17

18 **Begründung:**

19  
20 Insbesondere für Neumitglieder ist der Ortsverein nach Eintritt die erste Anlaufstelle und das  
21 "Gesicht" der Partei. Es sollte deshalb allen Neumitgliedern möglich sein, an den Sitzungen  
22 dieser wichtigen Gliederungsebene teilzunehmen und sich zu involvieren. Geschlossene  
23 Sitzungen von Ortsvereinen, an denen nur erweiterte Vorstände teilnehmen dürfen, müssen  
24 flächendeckend ein Ende haben.  
25

26 Im Sinne der parteiweiten Vernetzung und des Erfahrungsaustauschs zu Arbeitsweise der  
27 Gliederungen sollen Mitglieder die Möglichkeit haben, sich auch von der Arbeit in anderen  
28 Parteigliederungen ein Bild zu machen. Damit werden Innovationen gefördert und Mitglieder  
29 haben die Möglichkeit, sich ein breiteres Bild von der Partei zu machen.  
30

31 Die Teilnahme an Sitzungen kostet Zeit, wertvolle Zeit, die viele Menschen sich neben Beruf,  
32 Partnerschaft, Kinderbetreuung, Pflege der Eltern oder im Vorzug vor anderen Ehrenämtern  
33 nehmen. Die Zeit, die Parteimitglieder investieren, muss wertgeschätzt werden. Zentral ist  
34 deshalb ein guter Umgang mit der Zeit (stringente Sitzungen) und bestmögliche Planbarkeit  
35 von Parteiengagement, um es mit den restlichen Aktivitäten von Menschen vereinbaren zu  
36 können.  
37

38  
39  
40  
41  
42 ***Empfehlung der Antragskommission:***

43 ***Ablehnung***

44  
45  
46  
47 ***Abstimmung:***

1 Antrag: O3  
2  
3 Antragsteller: KV Harz  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

9 **Ideenmanagement – gemeinsam innovativ**

10  
11 Der Parteivorstand entwickelt ein Ideenmanagement für die SPD. Hier können Mitglieder,  
12 einzeln oder in der Gruppe, ihre Ideen online einreichen. Gesammelt werden Ideen, welche  
13

- 14 • die Arbeitsabläufe oder die Kommunikation innerhalb der SPD,  
15 • mit der SPD,  
16 • die Kommunikation und Responsivität mit Bürgerinnen und Bürgern  
17 • sowie die Umsetzung von Kümmerer-Arbeit  
18

19 vereinfachen oder verbessern. Eingereichte Ideen sind transparent und offen für andere  
20 sichtbar und können bewertet und kommentiert werden. Über ein hauptamtlichen  
21 Steuerungsteam werden in einem koordinierten Prozess Ideen bewertet, weiterentwickelt und  
22 an die IdeengeberInnen zurück kommuniziert.

23 Die Partei garantiert eine Rückmeldung oder politische Bewertung des passenden  
24 Parteigremiums der am besten bewerteten Ideen innerhalb von sechs Monaten.  
25

26  
27 **Begründung:**  
28

29 Jedes Mitglied hat gute Ideen und kann sie einbringen um die Arbeit der SPD zu verbessern. Wir  
30 wollen keine Idee verlieren. Dafür braucht es einen strukturierten und transparenten Prozess,  
31 an dem sich alle beteiligen können und der kreative Lösungen herausfiltert.  
32  
33  
34  
35  
36  
37

38 ***Empfehlung der Antragskommission:***

39 ***Annahme***  
40

41  
42 ***Abstimmung:***

1 Antrag: O4

2

3 Antragssteller: SV Halle

4

5 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

6

7

**Wechsel des Landesverbands-Bankkontos**

8

9 Der Landesvorstand der SPD wird angewiesen für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit  
10 den Mitgliedern der Partei einen Zahlungsverkehr ohne Beteiligung der Deutsche Bank AG zu  
11 ermöglichen.

12

**Begründung:**

14

15 erfolgt mündlich

16

17

18

19

20

21

***Empfehlung der Antragskommission:***

***Annahme in geänderte Fassung***

***Streiche und ersetze auf Seite 52 Zeile 9-11: Streiche***

25 „Der Landesvorstand der SPD wird angewiesen für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit  
26 den Mitgliedern der Partei einen Zahlungsverkehr ohne Beteiligung der Deutsche Bank AG zu  
27 ermöglichen.“

28 und ersetze durch:

29 „Der Landesvorstand der SPD wird gebeten für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit den  
30 Mitgliedern der Partei einen Zahlungsverkehr mit Beteiligung der Sparkassen zur prüfen.“

31

32

***Abstimmung:***

1 Antrag: O5  
2  
3 Antragssteller: Jusos  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand  
6  
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

9 **Benennung einer/eines Mitgliederbeauftragten auf Landesebene**

10  
11 Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, aus seinen Reihen eine/n Mitgliederbeauftragte/n  
12 für die SPD Sachsen-Anhalt zu benennen.  
13

14 **Begründung:**

15  
16 Bezugnehmend auf einen Beschluss des Parteivorstands der Bundes SPD vom 26.03.2012 zu  
17 den Grundsätzen für die Arbeit der Mitgliederbeauftragten sind für alle Ebenen  
18 Mitgliederbeauftragte zu benennen.  
19 Dort werden u.a. folgende Aufgaben für eine/ einen Mitgliederbeauftragte/n auf Landesebene  
20 benannt:  
21

- 22 • Umsetzung und Sicherstellung der Standards für Mitgliederbindung -betreuung und -
  - 23 rückholung in den Gliederungen
  - 24 • Durchführung jährliches Treffen der Mitgliederbeauftragten der Kreis- und
  - 25 Stadtverbände
  - 26 • jährlicher Mitgliederbericht über Mitgliederentwicklung und Aktivitäten, Projekte,
  - 27 Kampagnen etc. des Landesverbands/Bezirks
  - 28 • Entwicklung von Konzepten und Strategien zur Verbesserung der
  - 29 Mitgliederentwicklung und der gezielten Mitgliederwerbung in ihrem
  - 30 Zuständigkeitsbereich
  - 31 • Sicherstellung von Schulungsangeboten
- 32  
33  
34  
35  
36  
37

38 ***Empfehlung der Antragskommission:***

39 ***Annahme***

40  
41  
42 ***Abstimmung:***

1 Antrag: O6  
2  
3 Antragssteller: Jusos  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag und SPD-Parteivorstand  
6

7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

9 **Urwahl der/des Kanzlerkandidat\*in**

10  
11 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird ihre Kanzlerkandidatin oder ihren  
12 Kanzlerkandidaten zur nächsten Bundestagswahl per Urwahl nach §13 Absatz 1 des  
13 Organisationsstatuts der SPD bestimmen, insofern mehr als ein SPD-Mitglied kandidieren  
14 möchte.  
15

16 **Begründung:**

17  
18 Mehr Mitbestimmungsrechte der Basis bei den tiefgreifenden Entscheidungen der Partei ist ein  
19 alter Wunsch in der SPD. Mit dem Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag ist die SPD einen  
20 Schritt in die richtige Richtung gegangen. In den letzten Jahren wurden ebenfalls mehrere  
21 Spitzenkandidaturen der SPD zu Landtagswahlen per Urwahl entschieden. Mit einer Urwahl  
22 zur Bundestagswahl würde die SPD das Versprechen des aktuellen (Stand Juni 2016)  
23 Bundesvorsitzenden nach mehr Basisdemokratie entsprechen.  
24  
25  
26  
27  
28  
29

30 ***Empfehlung der Antragskommission:***  
31 ***Erledigt durch Änderung des Statuts der SPD***  
32  
33

34 ***Abstimmung:***  
35

1 Antrag: O7

2

3 **Antragssteller:** OV Zeitz

4

5 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

6

7

### **Mandatsbegrenzung in Landtagen und dem Deutschen Bundestag**

8

9 Mandate für Landtags- und Bundestagswahlen werden zusammenhängend auf 2 Legislaturen  
10 nacheinander begrenzt. Danach können Kandidat-/innen nach einer mandatlosen Legislatur  
11 für die darauf folgenden 2 Legislaturen erneut kandidieren.

12

#### **Begründung:**

13

14 Die Bundesrepublik Deutschland hat die Herrschaftsform der repräsentativen  
15 (parlamentarischen) Demokratie. Gewählte Abgeordnete treffen Entscheidungen für das  
16 gesamte Volk und entscheiden dabei eigenverantwortlich.

17

18 Gegenüber einer direkten Demokratie mit langwierigen Volksentscheiden ist diese  
19 Herrschaftsform in der Regel professioneller und effizienter. Es kann Expertenwissen genutzt  
20 werden, das dem Bürger meist nicht zur Verfügung steht (bzw. bis zur Erfindung des Internets  
21 nicht zur Verfügung stand).

22

23 Nachteile der repräsentativen Demokratie sind, dass die Machtkonzentration bei Einzelnen und  
24 insbesondere bei den gleichen Personen über längere Zeiträume die Wahrscheinlichkeit einer  
25 verminderten Wahrnehmung außerparlamentarischer Mehrheitsmeinungen erhöht. Auch die  
26 Gefahr des internen und externen Lobbyismus wächst nachgewiesenermaßen mit der Zeit.

26

27 Eine festgeschriebene Befristung ist ein klarer Schritt in Richtung freies Mandat. Wer sich zur  
28 Wahl stellt und vornherein weiß, dass seine Amtszeit auf zwei Wahlperioden befristet ist,  
29 konzentriert sich mehr auf seine parlamentarische Arbeit und weniger auf die rechtzeitige  
30 Absicherung eines aussichtsreichen Listenplatzes bei der nächsten und übernächsten Wahl.

30

31 Dem Wähler selbst ist in der parlamentarischen Demokratie keine Möglichkeit gegeben,  
32 abgegebene Wahlversprechen von seinen Vertretern einzuklagen. Dass viele ihr Kreuz nicht  
33 mehr bei der SPD machen, liegt zum Teil an solchen gebrochenen Wahlversprechen (Erhöhung  
34 der Mehrwertsteuer). Ein weiterer Grund ist aber auch, dass viele Wähler zwar nach wie vor zu  
35 den Grundwerten unserer Partei stehen, zunehmend aber weniger gewillt sind, immer die  
36 gleichen Personen über teilweise Jahrzehnte zu akzeptieren.

36

37

38

39

40

41

42

***Empfehlung der Antragskommission:***

43

***Ablehnung***

44

45

46

***Abstimmung:***

1 Antrag: O8

2

3 Antragssteller: OV Zeitz

4

5 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

6

7

### Ein Viertel Frische für Erneuerung

8

9 Delegiertenmandate auf der Bundes- und Landesebene sind künftig so zu vergeben, dass 25  
10 Prozent der Delegierten im Vergleich zum gleichrangigen Parteitag davor neu zu benennen  
11 sind. Eine Wiederbesetzung ist für den darauf folgenden Parteitag wieder möglich.  
12 In Parteistrukturen vor Ort sollen bei jeder Wahl 25% der Ämter an Mitglieder vergeben  
13 werden, die ein Amt auf solch einer Ebene noch nicht über einen längeren Zeitraum (länger als  
14 12 Monate) ausgeführt haben.

15

#### **Begründung:**

16

17 Wir wollen die SPD aktiv mit frischen Ideen und Köpfen weiterentwickeln und Möglichkeiten  
18 finden Mitgliedern, die in der Vergangenheit noch kein offizielles Amt ausgeübt haben, den  
19 Einstieg der Mitgestaltung innerhalb der Parteistrukturen zu erleichtern. Neuen  
20 Parteimitgliedern fällt es zunehmend schwer, zu entscheidungsrelevanten Positionen und  
21 Gremien Zugang zu erhalten.

22 Hier gilt erstmals das Senioritätsprinzip. Wer am längsten und aktivsten dabei ist, erhält einen  
23 Listenplatz oder kann sich im Kreisvorstand engagieren. Hierbei kommen erstmals auch  
24 dieselben Berufsgruppen zum Zuge, da sich ihr Arbeitsalltag am flexibelsten mit Sitzungszeiten  
25 vor Ort vereinbaren lässt.

26 In der heutigen Zeit, die immer mobiler ist und in der mehrfache studien- und berufsbedingte  
27 Umzüge keine Seltenheit mehr sind, haben neue Mitglieder es zunehmend schwer, sich in einer  
28 Position als Amtsträger innerhalb der Partei zu engagieren. Dabei benötigen wir frische Ideen  
29 und Sichtweisen, um die SPD langfristig erfolgreich aufzustellen.

30 Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen Diversifikation und frische Ideen stärken, sowie  
31 neuen Personalien die aktive Mitgestaltung in relevanten Funktionen ermöglichen.

32

33

34

35

36

37

38

39 ***Empfehlung der Antragskommission:***

40 ***Ablehnung***

41

42

43 ***Abstimmung:***



## Antragsbereich O – Organisationspolitik

1 Antrag: O9

2

3 Antragsteller: KV Jerichower Land

4

5 Der Landesparteitag möge beschließen:

6

7

### **Mitgliederbefragung Landesvorsitzende/r**

8

9 Der Wahl eines/r Landesvorsitzenden geht bei der Kandidatur mehrerer Kandidaten/innen  
10 immer eine Mitgliederbefragung gemäß §14 Abs. 11 des Organisationsstatut der  
11 Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 26. Januar 2014 voraus.

12

### **Begründung:**

13

14 Der SPD muss es künftig gelingen, transparente Beteiligung- und Auswahlprozesse, die in  
15 unseren Satzungen und Statuten vorgesehen sind, stärker zu nutzen, damit sich alle Mitglieder  
16 einbringen können.

17

18

19

20

21

22

23

24

***Empfehlung der Antragskommission:***

25

***Ablehnung***

26

27

28

***Abstimmung:***

1 Antrag: O10  
2  
3 Antragssteller: KV Jerichower Land  
4

5 Der Landesparteitag möge beschließen:  
6

### 7 **Regionalprinzip auf Landeslisten** 8

9 Der SPD Landesvorstand wird beauftragt, zeitnah einen Leitfaden für die Erstellung der Listen  
10 für die Landtags- und Bundestagswahl zu erstellen. Damit soll eine grundsätzliche und  
11 allgemeingültige Transparenz zur Erstellung der Listenvorschläge hergestellt werden. Ein  
12 wichtiges Prinzip soll damit eine ausgewogene Regionalität werden, welches zum Ziel hat, dass  
13 alle Landkreise und kreisfreien Städte in einem Parlament mit einem eigenen Abgeordneten  
14 vertreten sind. Bei der Aufstellung der Liste zur Landtagswahl sollen alle Kreisverbände unter  
15 den ersten 14 Listenplätzen vertreten sein. Der Leitfaden soll im Landesparteirat beschlossen  
16 werden.  
17

#### 18 **Begründung:** 19

##### 20 1. Wie ist jetzt der Status-Quo? 21

22 Die SPD verfügt in einigen Regionen Sachsen-Anhalts (Landkreise/kreisfreie Städte) über keine  
23 direkten Abgeordneten. Nimmt man die Abgeordneten auf Landes-, Bundes- und Europaebene  
24 zusammen, so gibt es nach der Bundestagswahl im Jerichower Land, im Salzlandkreis und im  
25 Landkreis Stendal keine direkten Abgeordneten und nur Betreuungsabgeordnete. Das müsste  
26 nicht sein, denn die SPD Sachsen-Anhalt verfügt über 14 Kreis- und Stadtverbände und auf den  
27 drei politischen Ebenen (Land, Bund, Europa) über 15 Abgeordnete. Theoretisch wäre es bereits  
28 heute möglich, dass jeder Kreis- oder Stadtverband einen direkten Abgeordneten hätte.  
29 Grundsätzlich sollten wir erklären, welche Landkreise zurzeit (Stand vor und nach BTW) über  
30 keine MdL verfügen und dies grafisch aufarbeiten. Das müssten vor der BTW die Landkreise  
31 MSH, ABI, WIT, SLK, JL, SDL sein. Nach der BTW bekommt ABI einen dazu, dafür fällt aber die  
32 MdB aus Börde und Altmark weg.  
33

34 Rechnen wir die MdB und MdEP mit ein, so haben zurzeit nur die Regionen SLK, JL und SDL  
35 keinen Abgeordneten, richtig? Das müsste nicht sein bei 14 Regionen und 15 Abgeordneten.  
36 Dann sollten wir die Diskussion über Betreuungswahlkreise aufmachen. Ein  
37 Betreuungswahlkreis ist nicht das gleiche, wie ein „richtiger“ Abgeordneter. —> siehe  
38 Wahlkampf.  
39

40 Kritik: LT-Wahlkreise überschneiden Landkreisgrenzen  
41

42 Das stimmt. Es betrifft 9 von 43 Wahlkreisen. Hier wäre es sinnvoll, wenn wir die Verteilung  
43 (50/50 oder 95/5) ausrechnen und darstellen würden. Für diese Problematik müssen wir eine  
44 Lösung finden.  
45

##### 46 2. Warum brauchen wir ein Regionalprinzip? 47

48 Grundprinzip muss es sein, dass die SPD Sachsen-Anhalts in allen Landkreise und kreisfreien  
49 Städten mit einem Abgeordneten direkt vertreten ist, denn:  
50

51 Ein Abgeordneter ist das regionale Gesicht der SPD

52 Während Ministern\*innen nicht regional beschränkt wirken (können) und kommunalen  
53 Wahlbeamten\*innen politische Neutralität wahren müssen, gehört die regionale Parteiarbeit  
54 vor Ort zu einer der Hauptaufgaben eines gewählten Abgeordneten. Er besucht Vereine,  
55 Bürgermeister\*innen, Volksfeste und äußert sich für die Partei in den Medien. Er ist das  
56 hauptamtliche Gesicht der SPD vor Ort, welche kontinuierliche Netzwerkarbeit betreibt.

1  
2 Ein Abgeordneter schafft regionale Strukturen für die SPD  
3 Mit einem Abgeordneten bekommt die Region auch ein Büro inklusive Mitarbeiter. Egal ob bei  
4 der Koordinierung von Terminen mit der Zivilgesellschaft oder der Organisation von  
5 Veranstaltungen, diese Mitarbeiter sind aufgrund unserer oft schwachen Strukturen im  
6 ländlichen Raum eine unabdingbare Unterstützung für die Parteiarbeit vor Ort.

7  
8 Ein Abgeordneter knüpft regionale Netzwerke  
9 Egal ob Unternehmer\*in, Kirchenratsmitglied oder Sozialverbandsvorstand, der Abgeordnete  
10 knüpft Kontakte zu den regionalen Menschen vor Ort. Ein Abgeordneter ist damit eine wichtige  
11 “Nervenende” der Partei in der Region. Er oder sie erschließt damit auch zusätzliche  
12 Ressourcen, die für die Partei zum Beispiel im Wahlkampf wichtig sind.

13  
14 Und das alles geht nicht ohne Abgeordneten, Büro und Mitarbeiterschaft? Doch sicherlich,  
15 wenn die Partei eine breite ehrenamtliche Basis hätte. In letzten Jahren war allerdings  
16 festzustellen, dass die SPD aus dem Ehrenamt allein heraus in vielen Regionen zu schwach ist,  
17 um regionale Strukturen zu erhalten. Es können aufgrund des personellen Mangels keine  
18 Sprechstunden mehr angeboten werden. In Wahlkämpfen kann nicht mehr flächendeckend  
19 geflyert oder plakatiert werden.

20  
21 3. Wie erreichen wir eine starke regionale SPD in Sachsen-Anhalt?

22  
23 Ziel muss es sein, dass jede Region einen Abgeordneten bekommt. Rein rechnerisch wäre das  
24 derzeit bereits möglich: Wir haben 14 Regionen und 15 Abgeordnete in Land- und Bundestag  
25 sowie im Europaparlament. Dazu müsste bei der Listenplatzvergabe auf Landesebene jeder  
26 Region einer der ersten 14 Listenplätze garantiert werden. Welcher Abgeordnete aus der  
27 entsprechenden Region den “sicheren” Listenplatz erhält, wird im jeweiligen Kreis- oder  
28 Stadtverband bei einer Vorwahl bestimmt.

29  
30 Sollten bei einer Landtagswahl nicht alle 14 Regionen abgebildet sein, müssen die Regionen  
31 ohne Abgeordneten bei der darauffolgenden Listenaufstellung zur Bundestags- oder  
32 Europaparlamentswahl einen vorderen Listenplatz bekommen.

33  
34  
35  
36  
37  
38

39 **Empfehlung der Antragskommission:**  
40 **Ablehnung**

41  
42  
43 **Abstimmung:**

1 Antrag: O11  
2  
3 Antragssteller: KV Jerichower Land  
4

5 Der Landesparteitag möge beschließen:  
6

7 **Mitgliederentscheid Aufstellung Spitzenkandidat/in (MP-Kandidat/in)**  
8

9 Der oder die Spitzenkandidat/in zur Landtagswahl wird bei der Kandidatur mehrerer  
10 Kandidaten/innen immer durch einen Mitgliederentscheid gemäß §3a Abs. 1 der Satzung des  
11 SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt vom 19. September 2015 bestimmt.  
12

13 **Begründung:**  
14

15 Der SPD muss es künftig gelingen, transparente Beteiligung- und Auswahlprozesse, die in  
16 unseren Satzungen und Statuten vorgesehen sind, stärker zu nutzen, damit sich alle Mitglieder  
17 einbringen können.  
18  
19  
20  
21  
22  
23

24 ***Empfehlung der Antragskommission:***

25 ***Annahme***  
26  
27

28 ***Abstimmung:***

1 Antrag: O12  
2  
3 Antragssteller: ASF  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand  
6

7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
8

### 9 **Für eine Kultur der Gleichberechtigung in der SPD**

10  
11 Wir fordern den SPD-Landesvorstand auf, die folgenden Instrumente für mehr  
12 Gleichberechtigung in der Partei zu prüfen, diesen den Gliederungen und Gremien zur  
13 Verfügung zu stellen und einen konkreten Plan zu seiner Implementierung vorzulegen.  
14

- 15 • Sexismus hat in der SPD keinen Platz. Er muss auf allen Ebenen konsequent erkannt,  
16 angesprochen und sanktioniert werden. Daher fordern wir auf allen öffentlichen  
17 Veranstaltungen und SPD-Gliederungen die Etablierung eines Awareness-Teams. Dieses  
18 dient als Ansprechpartner und unterstützt diskriminierendes und sexistisches Verhalten  
19 miteinander zu thematisieren. Umso mehr Mitglieder, die sich im Awareness-Team  
20 engagieren, umso mehr Mitmenschen wissen wir um uns, die die Grundgedanken der  
21 Antidiskriminierung mit uns teilen.
- 22 • Es geht um Wertschätzung jedes/r einzelnen und der Fähigkeiten, die er/sie mitbringt.  
23 Dazu gehören ein persönlicher Umgang auf Augenhöhe, Danke zu sagen und neuen Ideen  
24 und Veränderungsvorschlägen offen gegenüberzustehen.
- 25 • Auch neue Parteimitglieder sollen frühzeitig mit interessanten und fordernden Aufgaben  
26 betraut werden. Um den Einstieg in die Partei zu erleichtern, steht jedem Neumitglied  
27 ein/e feste/r AnsprechpartnerIn (bestenfalls aus dem eigenen Ortsverein) zur Verfügung.
- 28 • Wir müssen auf eine Kommunikation nach innen und außen achten, die Frauen anspricht.  
29 Dies beinhaltet, dass Veranstaltungen und Podien selbstverständlich paritätisch besetzt  
30 werden. Frauen sollen im Auftritt der Partei als die selbstverständliche Hälfte der Partei  
31 wahrgenommen werden, den sie gesellschaftlich betrachtet ausmachen. Frauen müssen in  
32 allen Entscheidungsprozessen der Partei berücksichtigt werden.  
33 Deshalb soll die Einführung einer Doppelspitze geprüft und ermöglicht werden.
- 34 • Ein vielfältiges und aktives Parteileben wird zunehmend davon abhängen, ob eine bessere  
35 Vereinbarkeit von familiären, beruflichen und ehrenamtlichen Engagement gelingt, sowie  
36 mit den Beeinträchtigungen die man hat. Es geht darum Sitzungen und Aktionen zu  
37 familienfreundlicheren Zeiten stattfinden zu lassen, barrierefreier anzubieten und wo das  
38 nicht geht, Engagement zu organisieren, dass auch Mitglieder mit weniger Zeit oder sehr  
39 starken Beeinträchtigungen einen sinnvollen Beitrag leisten können. Wo dies möglich ist,  
40 muss die Betreuung von Kindern oder generelle Assistenz bei Parteiveranstaltungen und  
41 für MandatsträgerInnen sichergestellt, bezahlt und aktiv angeboten werden. Damit in  
42 Zusammenhang steht auch, dass Sitzungen in ihrem zeitlichen Verlauf realistisch geplant  
43 werden und dies transparent kommuniziert wird. Sitzungen von Gliederungen sollten  
44 regelmäßig stattfinden, eine nachvollziehbare Tagesordnung und eine feste Endzeit haben  
45 und moderiert werden, so dass gerade weniger sitzungserfahrene Mitglieder und Frauen  
46 stärker in Diskussionen einbezogen werden.
- 47 • Zudem fordern wir den Ausbau von Frauenförderprogrammen, um den Anteil von  
48 KandidatInnen, MandatsträgerInnen und in Vorständen zu erhöhen.
- 49 • Letzteres kann u.a. durch eine finanzielle Stärkung der ASF-Gruppen in Sachsen-Anhalt  
50 erreicht werden. Diese Form der Unterstützung führt zu besserer Öffentlichkeitsarbeit und  
51 Veranstaltungen und der Etablierung von Formaten, um neue Mitfrauen zu gewinnen und  
52 zu halten.
- 53 • Generell gilt, dass der Einsatz für mehr Barrierefreiheit und Gleichberechtigung innerhalb  
54 der SPD Sachsen-Anhalt Frauen, Menschen mit Beeinträchtigungen, Menschen in höherem  
55 Lebensalter, Pflegende, (junge) Eltern und Alleinerziehende eine stete gesellschaftliche  
56 Verantwortung unserer Partei sein sollte.

- 1 • Weil wir diese Erwartung haben, müssen wir auch allen, an die wir sie richten, die  
2 Möglichkeit geben, sich in den oben genannten Bereichen weiterzubilden. So wird die  
3 Übernahme eines Amtes innerhalb der SPD auch gleichsam zur Möglichkeit, sich selbst zu  
4 qualifizieren und die erlernten Qualifikationen auch jenseits der SPD zu nutzen. Die  
5 Parteischule wird deshalb verstärkt Angebote für alle Mandats- und FunktionsträgerInnen  
6 der SPD machen, die ortsnahe und barrierefrei stattfinden. Beispielsweise:  
7 • Kommunikation und Moderation in der politischen Arbeit vor Ort  
8 • Inklusive Veranstaltungsorganisation  
9 • Wertschätzend Kommunizieren  
10 • Sexismus und Diskriminierung erkennen und bekämpfen  
11 • Management-Skills für Ortsvereins- und Kreisvorsitzende: So führe ich eine SPD-  
12 Gliederung

13  
14 **Begründung:**

15  
16 Die SPD verfügt seit Langem über gute Instrumente zur Durchsetzung von mehr  
17 Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern in der Partei. Diese Instrumente wurden  
18 hart erkämpft und sind nach wie vor wichtig und erfolgreich: Durch Frauenquote und  
19 Reißverschluss bei Wahllisten konnte der Frauenanteil in den Vorständen aller SPD-  
20 Gliederungen sowie in den Fraktionen der SPD auf allen Ebenen signifikant erhöht werden.

21  
22 Wir müssen jedoch feststellen, dass das Gesicht der SPD im Gegensatz zu unseren politischen  
23 Mitbewerbern trotzdem immer noch vorwiegend männlich geprägt ist und so auch von  
24 Wählerinnen und Wählern wahrgenommen wird. Auch in der breiten Mitgliedschaft ist die  
25 Geschlechterparität noch lange nicht erreicht – nur 32 Prozent aller SPD-Mitglieder sind  
26 Frauen. Das zeigt, dass trotz unseres fortschrittlichen politischen Programms die Gleichstellung  
27 innerhalb unserer eigenen Partei immer noch etwas ist, an dem wir kontinuierlich arbeiten  
28 müssen und uns nicht zurücklehnen dürfen.

29  
30 100 Jahre Frauenwahlrecht in den Jahren 2018/19 in Deutschland nehmen wir daher zum  
31 Anlass innerhalb unseres SPD Landesverbandes mit Nachdruck Förderinstrumente für mehr  
32 sichtbare und gelebte Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, genauso wie für  
33 Menschen mit Beeinträchtigungen, Migrationshintergrund und anderen Herausforderungen  
34 (z.B. pflegende Angehörige) zu fordern. Wir möchten, dass bei den Kommunalwahlen 2019 der  
35 SPD Landespartei die Vielfalt der Mitglieder zum Ausdruck kommt und den eben aufgezählten  
36 Personenkreisen eine größere Chance gegeben wird, zu kandidieren.

37  
38  
39  
40  
41  
42  
43 ***Empfehlung der Antragskommission:***

44 ***Annahme***

45  
46  
47 ***Abstimmung:***